

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Kommunales

ZU:

Gesetzentwurf der Landesregierung - Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt - Drucksache 7/7349 (Neudruck) vom 08.03.2023

Berichterstatterin:

Abgeordnete Marlen Block (Die Linke)

Beschlussempfehlung:

Der Landtag möge den Gesetzentwurf in der vom Ausschuss für Inneres und Kommunales beschlossenen Fassung (Anlage 1) annehmen.

Bericht:**A. Allgemeines**

Der Gesetzentwurf der Landesregierung "Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt" auf Drucksache 7/7349 (Neudruck) wurde in der 84. Sitzung des Landtages Brandenburg am 23. März 2023 in 1. Lesung im Plenum zur Beratung federführend an den Ausschuss für Inneres und Kommunales sowie mitberatend an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport und den Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz überwiesen.

Mit dem Gesetzentwurf sollen die Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt verstärkt werden. Damit werde sowohl auf die sich aus der Polizeilichen Kriminalstatistik ergebende, erhebliche Zunahme an Fällen sogenannter häuslicher Gewalt im Verhältnis der Jahre 2019 zu 2020 reagiert, als auch auf die Ergebnisse des im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) des Landes Brandenburg erstellten Gutachtens zur Weiterentwicklung des Landesaktionsplans (LAP) zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder / LAP zu einer Landesstrategie zur Umsetzung der Istanbul-Konvention vom September 2021. Mit dem Entwurf sollen die Befugnisse im Brandenburgischen Polizeigesetz (BbgPolG) vorrangig täterbezogen angepasst beziehungsweise um zusätzliche Maßnahmen ergänzt werden, die bereits im Vorfeld konkreter Gefahren im tradierten Sinne eingreifen. Darüber hinaus werden weitere Landesgesetze auf die Bedarfe zum verbesserten Schutz der Opfer von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt angepasst, um dieses Phänomen insgesamt besser erkennen und verhüten zu können.

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales befasste sich mit dem Gesetzentwurf in seiner 47. Sitzung am 26. April 2023, in seiner 50. Sitzung am 6. September 2023 (öffentliche Anhörung), in seiner 55. Sitzung am 10. Januar 2024 sowie abschließend in seiner 56. Sitzung am 31. Januar 2024.

B. Beratung

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales verständigte sich in seiner 47. Sitzung am 26. April 2023 darauf, eine mündliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

Die Anhörung fand unter Einladung der mitberatenden Ausschüsse in der 50. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 6. September 2023 statt. An ihr nahmen Vertreter des Städte- und Gemeindesbundes Brandenburg e. V., des Landkreistages Brandenburg e. V., die Landesbeauftragte für den Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht, die Landesgleichstellungsbeauftragte sowie Herr Prof. Dr. Aden von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Herr Prof. Dr. Thomas Feltes von der Ruhr-Universität Bochum, Frau Feichtmeier, Leiterin der AG "Häusliche Gewalt" der Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Bayern, Frau Moosdorf vom Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e. V., Frau Richtstein, Landesvorsitzende des WEISSER RING e. V. Brandenburg, Frau Sandrock, Diplompsychologin und Expertin für Opferberatung, Frau Kapp vom Autonomen Frauenzentrum Potsdam e. V. und Frau Bilge vom Leyla e. V. teil.

Hinsichtlich des Ergebnisses der Anhörung wird auf das in der Parlamentsdokumentation einsehbare Anhörungsprotokoll mit den anliegenden schriftlichen Stellungnahmen der Anzuhörenden verwiesen (P-AIK 7/50).

Mit Schreiben vom 10. Oktober 2023 erhielt der Ausschuss für Inneres und Kommunales die mitberatende Stellungnahme des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (Anlage 2). Mit Schreiben vom 13. Oktober 2023 ging die mitberatende Stellungnahme des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport ein (Anlage 3). Hinsichtlich des Inhalts der Stellungnahmen wird auf die Anlagen 2 und 3 verwiesen.

Am 7. November 2023 brachte die Fraktion Die Linke einen Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf ein (Anlage 4).

Am 9. Januar 2024 brachten die Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf ein (Anlage 5).

In der 55. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales vom 10. Januar 2024 stellten die Fraktionen ihre Änderungsanträge vor.

Die Fraktion Die Linke erklärte, die Anhörung habe deutlich gemacht, dass die Regelungen zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung zu unbestimmt und damit nicht verfassungsgemäß seien. Sie sollten daher gestrichen werden. Eine polizeiliche Prognose sei für einen solch schweren Grundrechtseingriff nicht ausreichend, vielmehr sei eine richterliche Entscheidung anhand der Prognose eines Sachverständigen erforderlich. Die Wohnungsverweisung des Störers gegen den Willen einer volljährigen, geschäftsfähigen einsichtsfähigen Person halte die Fraktion ebenfalls für unzulässig. Die Ausweitung des Rückkehrverbotes von zehn auf 14 Tage werde begrüßt, die Polizei solle jedoch zur zweimaligen Kontrolle der Einhaltung verpflichtet werden. Die Regelungen zu § 16b BbgPolG für ein Kontakt- und Näherungsverbot seien zu unbestimmt, kaum umsetzbar und stellten einen schwerwiegenden Eingriff in den Kernbereich privater Lebensgestaltung dar. Schließlich solle Artikel 3 gestrichen werden, der aus Sicht der Fraktion eine faktische Auflösung der ärztlichen Schweigepflicht darstelle.

Die Koalitionsfraktionen erklärten, ihr Änderungsantrag ziele insbesondere auf die Einführung der einzelfallbezogenen sowie fallübergreifenden Zusammenarbeit der Polizei mit anderen Organisationen in gemeinsamen Gremien ab. Die Geeignetheit dessen solle regelmäßig evaluiert werden. Ferner solle die Möglichkeit, Wohnungsverweisungen und Rückkehrverbote auszusprechen, bei der Polizei verbleiben. Die Änderung des Ordnungsbehördengesetzes werde daher gestrichen. Die Überprüfung der Einhaltung von Rückkehrverboten werde auf zweimal erhöht. Der damit einhergehende Mehraufwand für die Polizei werde mit Blick auf den Opferschutz für verhältnismäßig erachtet. Die Kostentragung des Störers für die Verbringung von Betroffenen solle entfallen, um Hinweise auf den Aufenthaltsort der verbrachten Person zu vermeiden. Die Änderungen im Rettungsdienstgesetz sollten den Opfern auch psychosoziale Beratungsmöglichkeiten einräumen und berücksichtigten die vertrauliche Spurensicherung.

Der Ausschuss beschloss einvernehmlich, den kommunalen Spitzenverbänden die Änderungsanträge zur erneuten schriftlichen Anhörung zuzuleiten und die abschließende Beratung für die 56. Sitzung des Ausschusses am 31. Januar 2024 vorzusehen.

Zu der abschließenden Beratung des Gesetzentwurfes in der 56. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 31. Januar 2024 lagen neben den rechtsförmlichen Änderungshinweisen der Landtagsverwaltung die erneute schriftliche Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg e. V. vom 26. Januar 2024 (Anlage 8) sowie des Landkreistags Brandenburg e. V. vom 26. Januar 2024 (Anlage 9) vor. Der Städte- und Gemeindebund befürwortete die vorgesehene Streichung der Änderungen des Ordnungsbehördengesetzes sowie die im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vorgesehenen Anpassungen der Änderungen des Rettungsdienstgesetzes. Hinsichtlich der fallübergreifenden Zusammenarbeit stellte er klar, dass die Erörterung örtlicher oder phänomenbezogener Problemstellungen trotz der Bezeichnung als „Kommunale Kriminalprävention“ keine kommunale, sondern eine polizeiliche Aufgabe sei. Der Landkreistag befürwortete den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zur Regelung von Fallkonferenzen und unterstrich die Bedeutung des Zusammenwirkens verschiedener Akteure.

In der abschließenden Beratung verwies die Fraktion Die Linke auf das kurz zuvor ergangene Urteil des Verfassungsgerichtshofs des Freistaates Sachsen vom 25. Januar 2024 – Az. Vf. 91-II-19 –, das Regelungen des Sächsischen Polizeivollzugsdienstgesetzes, insbesondere zur Anordnung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung, für nicht verfassungsgemäß erklärt habe. Diese stellten, darauf hätten beide Rechtsprofessoren in der Anhörung hingewiesen, auch im brandenburgischen Entwurf einen besonders kritischen Punkt dar. Das Urteil formuliere klare Anforderungen an die konkreten Voraussetzungen eines solchen, schwerwiegenden Grundrechtseingriffs, denen die Regelungen des vorliegenden Gesetzentwurfs nicht genügen würden. Der Ausschuss müsse sich die Zeit nehmen, dies eingehend zu prüfen, um kein verfassungswidriges Gesetz zu schaffen. Vor diesem Hintergrund beantragte die Fraktion Die Linke die Vertagung der abschließenden Beratung auf die Sondersitzung des Ausschusses am 13. Februar 2024 sowie die Hinzuziehung des Parlamentarischen Beratungsdienstes.

Die CDU-Fraktion erklärte, dass selbst bei einer Vertagung nicht sichergestellt werden könne, dass das Gesetz nicht beklagt werde, und bat das Ministerium des Innern und für Kommunales um eine rechtliche Einschätzung der Auswirkungen des Urteils.

Die SPD-Fraktion schloss sich der CDU-Fraktion an und erklärte, es sei wichtig, mutig zu handeln und mit dem Gesetzentwurf ein Zeichen zu setzen.

Die AfD Fraktion erklärte, sie unterstütze die Einführung von Regelungen zur Fußfessel grundsätzlich. Die Rechtslage in Brandenburg sei der in Sachsen jedoch sehr ähnlich, daher müsse die Verfassungsmäßigkeit der Regelungen geprüft werden. Es sei schädlich für die Demokratie und die Gesetzgebung, wohlwissend ein verfassungswidriges Gesetz zu erlassen.

Die Fraktion B90/DIE GRÜNEN betonte, die Übertragbarkeit des Urteils auf den vorliegenden Gesetzentwurf müsse geprüft werden, und bat das Ministerium um Ausführungen, ob und mit welchem Ergebnis dies erfolgt sei. Darüber hinaus könne man auf ein gelungenes Verfahren zurückblicken, denn mit dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen seien die Ergebnisse der Anhörung sowie Ideen der Opposition aufgegriffen worden.

Das Ministerium des Innern und für Kommunales führte aus, dass insbesondere die Entwurfsnorm zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung und zum Kontaktverbot im Lichte der Entscheidung geprüft worden seien. Problematisch seien die sächsischen Normen zur Aufenthaltsüberwachung und zum Aufenthaltsgebot im Rahmen der Bestimmtheitsprüfung der Verhältnismäßigkeitsprüfung dahingehend, dass aus dem Tatbestand auch strafbare Vorbereitungshandlungen und bloße Rechtsgutsgefährdungen miteingefasst sein könnten. Dies sei ferner im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung im engeren Sinne als Verstoß gegen das Übermaßverbot kritisiert worden.

Die Frage der Erfassung strafbarer Vorbereitungshandlungen stelle sich hinsichtlich der brandenburgischen Regelungen nicht. Denn während sich die sächsischen Regelungen vorrangig auf die Abwehr terroristischer Straftaten richteten, bei denen strafbare Vorbereitungshandlungen im Vorfeld typisch seien, diene die brandenburgischen Regelungen der Bekämpfung von Gewalt gegen Personen in Form von sexueller Gewalt oder Angriffen auf Leib und Leben, bei denen strafbare Vorbereitungshandlungen nicht vorstellbar seien.

Ferner unterliege die Anordnung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung nach dem Entwurf engeren Voraussetzungen als der bloßen Rechtsgutsgefährdung. § 15b Absatz 1 Nr. 1 verlange eine umfassende Gefährdungseinschätzung zum Schutz hochrangiger Rechtsgüter wie Leib, Leben, Gesundheit und sexuelle Selbstbestimmung. § 15b Absatz 1 Nr. 2 diene dem Schutz vor Stalking-Angriffen, einer erheblichen Form psychischer Gewalt, der eine Rechtsgutsverletzung immanent sei und die über die bloße Gefährdung hinausgehe. § 15b Absatz 1 Nr. 3 verlange neben dem mehrfachen Verstoß gegen ein Kontakt- und Näherungsverbot, dass eine erhebliche Rechtsgutsverletzung prognostisch vorhersehbar sei. Insofern seien die Anforderungen in den Tatbeständen deutlich enger, als die Tatbestände des sächsischen Polizeigesetzes. Die Anwendung des Maßstabes der konkretisierten Gefahr zur Durchsetzung von Kontaktverboten und Aufenthaltsgeboten außerhalb der Terrorismusbekämpfung habe das Sächsische Verfassungsgericht nicht gerügt. Unter Anlegung entsprechend enger Tatbestandsanforderungen sei die Verwendung dieses Gefahrbegriffs aus verfassungsrechtlicher Sicht daher möglich. Das Gericht habe ferner den Richtervorbehalt gelobt, der auch im brandenburgischen Entwurf vorgesehen sei. Hinsichtlich des Kontaktverbotes verlange der Entwurf das Vorliegen einer konkreten Gefahr. Aufgrund der höheren Eingriffsschwelle als in der sächsischen Regelung, die eine konkretisierte Gefahr ausreichen ließ, könne kein unmittelbarer Rückschluss aus dem Urteil gezogen werden.

Die Fraktion Die Linke widersprach im Hinblick auf das Übermaßverbot, die Konkretisierung der Gefahr und die Verhältnismäßigkeit und Prognosestellung der Auffassung, dass die Regelungen zum Kontaktverbot und zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung im vorliegenden Entwurf hinreichend konkret seien. So würden lediglich polizeiliche, nicht aber gerichtliche Erkenntnisse über die Begehung von Straftaten verlangt. Ferner bleibe unklar, was „bestimmte Tatsachen“ im Rahmen der Gefahrenprognose nach § 15b Absatz 1 Nr. 1 seien. § 15b Absatz 1 Nr. 3 verlange unkonkret, dass „wiederholt einer Anordnung zuwidergehandelt“ worden sei, wohingegen die sächsische Regelung eine gerichtliche Feststellung des Verstoßes gegen ein Kontakt- und Näherungsverbot verlange. Ferner sei das in § 15b Absatz 1 Nr. 2 geregelte Stalking per se als Vorbereitungshandlung zu werten, die, trotz der erheblichen Beeinträchtigung der Opfer, nicht zwingend in eine Körperverletzung oder Lebensgefährdung münde. Es gehe mit dem Gesetz nicht darum, ein politisches Zeichen zu

setzen, sondern ein Gesetz zu schaffen, das vor Gericht halte und den Schutz der Betroffenen tatsächlich verbessere. Die Fraktion verwies auf ihren Antrag auf Vertagung und der Einbeziehung des Parlamentarischen Beratungsdienstes.

Die BVB/FW-Gruppe sprach sich für den Antrag der Fraktion Die Linke auf Vertagung und Hinzuziehung des Parlamentarischen Beratungsdienstes aus.

Die CDU-Fraktion widersprach einer Vertagung mit Verweis auf die Ausführungen des Ministeriums, nach denen keine Verfassungswidrigkeit des Entwurfs anzunehmen sei.

Die SPD-Fraktion betonte, man müsse schnellstmöglich mehr Möglichkeiten zum Schutz vor häuslicher Gewalt schaffen und sich daher von der inhaltlichen Dimension des Entwurfs leiten lassen. Die unterschiedlichen rechtlichen Auffassungen seien zur Kenntnis genommen worden. Im Ergebnis könne eine Regelung aber nie absolut rechtssicher sein.

Im Ergebnis der Erörterung lehnte der Ausschuss den Antrag der Fraktion Die Linke auf Vertagung der abschließenden Beratung und Beauftragung des Parlamentarischen Beratungsdienstes mehrheitlich (6 : 7 : 0) ab.

Ferner lehnte der Ausschuss für Inneres und Kommunales den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke zur Drucksache 7/7349 (Neudruck) vom 7. November 2023 mehrheitlich (2 : 10 : 1) ab.

Sodann beschloss der Ausschuss für Inneres und Kommunales mehrheitlich (7 : 2 : 4) die Annahme des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen vom 9. Januar 2024 zur Drucksache 7/7349 (Neudruck).

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales beschloss des Weiteren einstimmig (10 : 0 : 3), die rechtsförmlichen Änderungshinweise der Landtagsverwaltung im Rahmen der Erstellung der Beschlussempfehlung umzusetzen.

Schließlich stimmte der Ausschuss für Inneres und Kommunales mehrheitlich (7 : 2 : 4) dafür, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs in der vom Ausschuss für Inneres und Kommunales beschlossenen Fassung (Anlage 1) zu empfehlen.

Anlagen

- Anlage 1: Synopse
- Anlage 2: Mitberatende Stellungnahme des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz vom 10. Oktober 2023
- Anlage 3: Mitberatende Stellungnahme des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport vom 13. Oktober 2023
- Anlage 4: Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 7. November 2023
- Anlage 5: Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 9. Januar 2024
- Anlage 6: Schriftliche Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg zu den Änderungsanträgen vom 26. Januar 2024
- Anlage 7: Schriftliche Stellungnahme des Landkreistages Brandenburg zu den Änderungsanträgen vom 26. Januar 2024

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
Gesetzentwurf für ein	Gesetzentwurf für ein
Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt	Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt
Vom ...	Vom ...
Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1	Artikel 1
Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes	Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes
Das Brandenburgische Polizeigesetz vom 19. März 1996 (GVBl. I S. 74), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 6 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (GVBl. I Nr. 33 S. 6) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Brandenburgische Polizeigesetz vom 19. März 1996 (GVBl. I S. 74), das zuletzt durch Artikel 3 Absatz 6 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (GVBl. I Nr. 33 S. 6) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:	1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
a) Nach der Angabe zu § 15a wird die folgende Angabe eingefügt:	a) u n v e r ä n d e r t
„§ 15b Elektronische Aufenthaltsüberwachung“.	
b) Nach der Angabe zu § 16a werden die folgenden Angaben eingefügt:	b) u n v e r ä n d e r t
„§ 16b Kontakt- und Näherungsverbot	
§ 16c Verhaltensauflagen	
§ 16d Ordnungswidrigkeiten“.	
c) Nach der Angabe zu § 35 werden die folgenden Angaben eingefügt:	c) u n v e r ä n d e r t

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
„§ 35a Opferschutzmaßnahmen	
§ 35b Verarbeitung personenbezogener Daten für die Dauer von Opferschutzmaßnahmen sowie Geheimhaltung“.	
	d) <u>Nach der Angabe zu § 45 wird folgende Angabe eingefügt:</u>
	<u>„§ 45a Zusammenarbeit in gemeinsamen Gremien (Fallkonferenzen)“.</u>
2. <u>In § 8 wird die</u> Nummer 7 wie folgt gefasst:	2. § 8 Nummer 7 <u>wird</u> wie folgt gefasst:
„7. informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes) und Datenschutz (Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg)“.	„7. <u>u n v e r ä n d e r t</u>
3. Nach § 15a wird folgender § 15b eingefügt:	3. Nach § 15a wird folgender § 15b eingefügt:
„§ 15b	„§ 15b
Elektronische Aufenthaltsüberwachung	Elektronische Aufenthaltsüberwachung
(1) Die Polizei kann eine Person dazu verpflichten, sich ein technisches Mittel, mit dem der Aufenthaltsort dieser Person elektronisch überwacht werden kann, anlegen zu lassen, es ständig in betriebsbereitem Zustand am Körper bei sich zu führen und dessen Funktionsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen, wenn	(1) Die Polizei kann eine Person dazu verpflichten, sich ein technisches Mittel, mit dem der Aufenthaltsort dieser Person elektronisch überwacht werden kann, anlegen zu lassen, es ständig in betriebsbereitem Zustand am Körper bei sich zu führen und dessen Funktionsfähigkeit nicht zu beeinträchtigen, wenn
1. im konkreten Einzelfall	1. im konkreten Einzelfall

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
a) die Person, der gegenüber die Anordnung getroffen werden soll, nach polizeilichen Erkenntnissen	a) u n v e r ä n d e r t
aa) mindestens zwei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung begangen hat, wobei es bei mindestens einer dieser Straftaten zum Körperkontakt mit dem Opfer gekommen sein muss, oder	
bb) mindestens zwei Straftaten begangen hat, wobei eine gegen die sexuelle Selbstbestimmung und die andere gegen Leib, Leben oder Freiheit einer Person gerichtet war,	
b) ihr Tatverhalten, ihre individuellen Verhaltensweisen sowie die Person betreffenden Lebensumstände eine wesentlich erhöhte Wahrscheinlichkeit der künftigen Begehung von Straftaten nach den §§ 176, 176a, 176b, 177, <u>den §§ 182, 211, 212, 223 in Verbindung mit den §§ 224, 226 sowie nach § 239b des Strafgesetzbuches</u> begründen,	b) ihr Tatverhalten, ihre individuellen Verhaltensweisen sowie die Person betreffenden Lebensumstände eine wesentlich erhöhte Wahrscheinlichkeit der künftigen Begehung von Straftaten nach den §§ 176, 176a, 176b, 177, 182, 211, 212, 224, 226 <u>oder</u> § 239b des Strafgesetzbuches begründen,
c) bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Person innerhalb eines übersehbaren Zeitraums auf eine zumindest ihrer Art nach konkretisierten Weise eine solche Straftat zu Lasten eines ihr fremden Opfers begehen wird und	c) u n v e r ä n d e r t

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
d) die Überwachung und Datenverwendung zur Verhinderung der Straftat unerlässlich ist,	d) u n v e r ä n d e r t
2. im konkreten Einzelfall	2. im konkreten Einzelfall
a) die Person, der gegenüber die Anordnung getroffen werden soll, nach polizeilichen Erkenntnissen bereits eine Straftat nach § 238 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1 und 2 Nummer 1 oder 2 oder mit Absatz 3 des Strafgesetzbuches begangen hat,	a) u n v e r ä n d e r t
b) bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie in absehbarer Zeit weitere auch im Einzelfall schwerwiegende Straftaten nach § 238 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1 und 2 Nummer 1 oder 2 oder mit Absatz 3 des Strafgesetzbuches begehen wird und	b) bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie in absehbarer Zeit weitere auch im Einzelfall schwerwiegende Straftaten nach § 238 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Satz 1 und 2 Nummer 1 oder 2 oder mit Absatz 3 des Strafgesetzbuches begehen wird, und
c) andere Maßnahmen der Gefahrenabwehr nicht oder nicht gleich erfolgsversprechend erscheinen oder	c) u n v e r ä n d e r t
3. eine Überwachung und Datenverwendung zur Kontrolle der Befolgung einer nach den §§ 16a oder 16b getroffenen Maßnahmen unerlässlich ist, weil	3. u n v e r ä n d e r t
a) die betroffene Person wiederholt einer Anordnung zuwidergehandelt hat,	

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
b) ihr individuelles Verhalten die konkrete Wahrscheinlichkeit weiterer Zuwiderhandlungen mit dann im Einzelfall schwerwiegenden Rechtsgutsverletzungen begründet und	
c) die Kontrolle auf andere Weise nicht möglich oder wesentlich erschwert ist.	
(2) Die Polizei erhebt und speichert mit Hilfe der von der betroffenen Person mitzuführenden technischen Mittel die Daten automatisiert über deren Aufenthaltsort sowie über etwaige Beeinträchtigungen der Datenerhebung. Soweit es technisch möglich ist, ist sicherzustellen, dass innerhalb der Wohnung der betroffenen Person keine über den Umstand ihrer Anwesenheit hinausgehenden Aufenthaltsdaten erhoben werden. Die Daten nach Satz 1 dürfen, soweit dies für die folgenden Zwecke erforderlich ist, ohne Einwilligung der betroffenen Person nur verarbeitet werden zur:	(2) Die Polizei erhebt und speichert mit Hilfe der von der betroffenen Person mitzuführenden technischen Mittel die Daten automatisiert über deren Aufenthaltsort sowie über etwaige Beeinträchtigungen der Datenerhebung. Soweit es technisch möglich ist, ist sicherzustellen, dass innerhalb der Wohnung der betroffenen Person keine über den Umstand ihrer Anwesenheit hinausgehenden Aufenthaltsdaten erhoben werden. Die Daten nach Satz 1 dürfen, soweit dies für die folgenden Zwecke erforderlich ist, ohne Einwilligung der betroffenen Person nur verarbeitet werden zur
1. Verfolgung der in Absatz 1 benannten Straftaten,	1. u n v e r ä n d e r t
2. Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung einer Person,	2. u n v e r ä n d e r t
3. Feststellung von Verstößen gegen eine Wohnungsverweisung oder ein Rückkehrverbot nach § 16a oder gegen ein Kontakt- oder Näherungsverbot nach § 16b oder	3. u n v e r ä n d e r t
4. Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des technischen Mittels.	4. u n v e r ä n d e r t

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
<p>Zur Einhaltung der Zweckbindung nach Satz 3 hat die Verarbeitung der Daten automatisiert zu erfolgen. Die in Satz 1 genannten Daten sind zu kennzeichnen und gegen unbefugte Kenntnisnahme und Verarbeitung besonders zu sichern. Sie sind spätestens zwei Monate nach Beendigung der Maßnahme zu löschen, soweit sie nicht für die in Satz 3 genannten Zwecke verwendet werden. Werden innerhalb der Wohnung der betroffenen Person über den Umstand ihrer Anwesenheit hinausgehende Aufenthaltsdaten erhoben, sind diese unverzüglich zu löschen und bis dahin nicht weiter zu verarbeiten. Die Tatsache ihrer Erhebung und Löschung ist zu dokumentieren. Die in der Dokumentation enthaltenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind nach 24 Monaten oder im Falle einer Datenschutzkontrolle innerhalb dieses Zeitraums nach deren Abschluss zu löschen. Die Sätze 2 und 7 bis 10 gelten entsprechend, soweit durch die Datenerhebung nach Satz 1 der Kernbereich privater Lebensgestaltung betroffen ist.</p>	<p>Zur Einhaltung der Zweckbindung nach Satz 3 hat die Verarbeitung der Daten automatisiert zu erfolgen. Die in Satz 1 genannten Daten sind zu kennzeichnen und gegen unbefugte Kenntnisnahme und Verarbeitung besonders zu sichern. Sie sind spätestens zwei Monate nach Beendigung der Maßnahme zu löschen, soweit sie nicht für die in Satz 3 genannten Zwecke verwendet werden. Werden innerhalb der Wohnung der betroffenen Person über den Umstand ihrer Anwesenheit hinausgehende Aufenthaltsdaten erhoben, sind diese unverzüglich zu löschen und bis dahin nicht weiter zu verarbeiten. Die Tatsache ihrer Erhebung und Löschung ist zu dokumentieren. Die in der Dokumentation enthaltenen Daten dürfen ausschließlich zur Datenschutzkontrolle verwendet werden. Sie sind nach 24 Monaten oder im Falle einer Datenschutzkontrolle innerhalb dieses Zeitraums nach deren Abschluss zu löschen. Die Sätze 2 und 7 bis 10 gelten entsprechend, soweit durch die Datenerhebung nach Satz 1 der Kernbereich privater Lebensgestaltung betroffen ist.</p>

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
<p>(3) Die Maßnahme nach Absatz 1 darf nur durch das Gericht, bei Gefahr im Verzug auch durch die Behördenleiterin oder den Behördenleiter oder die jeweilige Vertretung angeordnet oder verlängert werden; in diesen Fällen ist unverzüglich eine richterliche Bestätigung einzuholen. Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Polizeibehörde ihren Sitz hat. Für die gerichtliche Anordnung gilt Buch 7 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend, soweit hier nichts Abweichendes geregelt ist. Von einer Anhörung der betroffenen Person durch das Gericht und der Bekanntgabe der richterlichen Entscheidung an die betroffene Person ist abzu sehen, wenn die vorherige Anhörung oder die Bekanntgabe der Entscheidung den Zweck der Maßnahme gefährden würde. Die nach Satz 1 durch die Behördenleiterin oder den Behördenleiter erlassene Anordnung oder Verlängerung tritt spätestens mit Ablauf des dritten Tages nach ihrem Erlass außer Kraft, wenn sie bis dahin nicht richterlich bestätigt wurde. Erfolgt bis dahin keine richterliche Bestätigung, so dürfen bereits erhobene Daten nicht verwendet werden; diese Daten sind unverzüglich zu löschen. In der schriftlichen Anordnung sind anzugeben:</p>	<p>(3) Die Maßnahme nach Absatz 1 darf nur durch das Gericht, bei Gefahr im Verzug auch durch die Behördenleiterin oder den Behördenleiter oder die jeweilige Vertretung angeordnet oder verlängert werden; in diesen Fällen ist unverzüglich eine richterliche Bestätigung einzuholen. Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Polizeibehörde ihren Sitz hat. Für die gerichtliche Anordnung gilt Buch 7 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechend, soweit hier nichts Abweichendes geregelt ist. Von einer Anhörung der betroffenen Person durch das Gericht und der Bekanntgabe der richterlichen Entscheidung an die betroffene Person ist abzu sehen, wenn die vorherige Anhörung oder die Bekanntgabe der Entscheidung den Zweck der Maßnahme gefährden würde. Die nach Satz 1 durch die Behördenleiterin oder den Behördenleiter <u>oder die jeweilige Vertretung</u> erlassene Anordnung oder Verlängerung tritt spätestens mit Ablauf des dritten Tages nach ihrem Erlass außer Kraft, wenn sie bis dahin nicht richterlich bestätigt wurde. Erfolgt bis dahin keine richterliche Bestätigung, so dürfen bereits erhobene Daten nicht verwendet werden; diese Daten sind unverzüglich zu löschen. In der schriftlichen Anordnung sind anzugeben:</p>
<p>1. die betroffene Person, soweit bekannt mit Namen und Anschrift,</p>	<p>1. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>2. Art, Umfang und Dauer der Maßnahme,</p>	<p>2. u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
3. die Angabe, ob die betroffene Person einer Wohnungsverweisung oder einem Rückkehrverbot nach § 16a oder einem Kontakt- oder Näherungsverbot nach § 16b unterliegt und	3. die Angabe, ob die betroffene Person einer Wohnungsverweisung oder einem Rückkehrverbot nach § 16a oder einem Kontakt- oder Näherungsverbot nach § 16b unterliegt, und
4. die Voraussetzungen und die wesentlichen Abwägungsgesichtspunkte; im Falle einer polizeilichen Anordnung nach Satz 1 Alternative 2 muss sich die Begründung auch auf die Gefahr im Verzug beziehen.	4. die Voraussetzungen und die wesentlichen Abwägungsgesichtspunkte; im Falle einer polizeilichen Anordnung nach Satz 1 <u>Halbsatz 1</u> Alternative 2 muss sich die Begründung auch auf die Gefahr im Verzug beziehen.
Die richterliche Entscheidung wird mit ihrer Bekanntgabe an die beantragende Polizeibehörde wirksam. Die Anordnung ist sofort vollziehbar und auf höchstens drei Monate zu befristen. Eine Verlängerung um jeweils höchstens drei weitere Monate ist möglich, soweit die Voraussetzungen fortbestehen. Die Maßnahme ist zu beenden, wenn ihre Voraussetzungen nicht mehr vorliegen oder die richterliche Bestätigung nicht unverzüglich beantragt worden ist. Die Beendigung ist dem Gericht anzuzeigen.	Die richterliche Entscheidung wird mit ihrer Bekanntgabe an die beantragende Polizeibehörde wirksam. Die Anordnung ist sofort vollziehbar und auf höchstens drei Monate zu befristen. Eine Verlängerung um jeweils höchstens drei weitere Monate ist möglich, soweit die Voraussetzungen fortbestehen. Die Maßnahme ist zu beenden, wenn ihre Voraussetzungen nicht mehr vorliegen oder die richterliche Bestätigung nicht unverzüglich beantragt worden ist. Die Beendigung ist dem Gericht anzuzeigen.
(4) Die Polizei kann die Wohnung der betroffenen Person zur Aufstellung der zur Überwachung des Aufenthalts in der Wohnung erforderlichen technischen Mittel betreten. Nach Abschluss der Maßnahme hat die betroffene Person auf Anforderung die technischen Mittel an die Polizei unverzüglich herauszugeben.	(4) <u>u n v e r ä n d e r t</u>

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
(5) Die Landesregierung berichtet dem Landtag bis zum 31. Dezember 2026 über die mit Einführung der Absätze 1 bis 4 erreichte Wirkung zur Gefahrenabwehr und damit verbundenen Grundrechtsbeeinträchtigungen.“	(5) u n v e r ä n d e r t
4. § 16a wird wie folgt geändert:	4. § 16a wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	a) u n v e r ä n d e r t
aa) In Satz 1 wird das Wort „gegenwärtigen“ gestrichen, die Wörter „Leib, Leben oder Freiheit“ werden durch die Wörter „Leib, Leben, Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung“ ersetzt und die Angabe „Abs.“ wird durch das Wort „Absatz“ ersetzt.	
bb) In Satz 3 werden die Kommata und die Wörter „insbesondere nach § 16“ gestrichen.	
cc) Folgender Satz wird angefügt:	
„Ein entgegenstehender Wille der gefährdeten Person ist regelmäßig unbeachtlich.“	
b) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:	b) u n v e r ä n d e r t
„Die Polizei weist die betroffene Person auf Möglichkeiten zur freiwilligen Teilnahme an einer Gewaltpräventionsberatung hin.“	
c) Dem Absatz 4 <u>werden folgende Sätze</u> angefügt:	c) Dem Absatz 4 <u>wird folgender Satz</u> angefügt:

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
<p>„Sie unterrichtet die gefährdete Person unverzüglich über die Dauer und den räumlichen Umfang einer Maßnahme nach Absatz 1 Satz 1. <u>Die Polizei übermittelt die zur Kontaktaufnahme mit der gefährdeten Person erforderlichen Daten an eine geeignete Beratungsstelle, wenn dies zur Abwehr einer Gefahr erforderlich ist. Die gefährdete Person kann der Übermittlung widersprechen; § 13 des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes gilt entsprechend.</u>“</p>	<p>„Sie unterrichtet die gefährdete Person unverzüglich über die Dauer und den räumlichen Umfang einer Maßnahme nach Absatz 1 Satz 1.“</p>
<p>d) Absatz 5 wird wie folgt geändert:</p>	<p>d) Absatz 5 wird wie folgt geändert:</p>
<p>aa) In Satz 1 wird die Angabe „2“ durch die Angabe „3“ und werden die Wörter „des zehnten Tages“ durch die Wörter „von zwei Wochen“ ersetzt.</p>	<p>aa) In Satz 1 wird die Angabe „<u>Satzes</u> 2“ durch die Angabe „<u>Satzes</u> 3“ und werden die Wörter „des zehnten Tages“ durch die Wörter „von zwei Wochen“ ersetzt.</p>
<p>bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:</p>	<p>bb) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>„Eine einmalige Verlängerung der Frist um bis zu zwei Wochen ist zulässig, sofern die Anordnungsvoraussetzungen fortbestehen.“</p>	
<p>cc) Im neuen Satz 3 werden die Wörter „des zehnten Tages“ durch die Wörter „von zwei Wochen“ ersetzt sowie die Wörter „in Satz 1“ und die Wörter „nach Satz 1“ jeweils durch die Wörter „nach den Sätzen 1 oder 2“ ersetzt.</p>	<p>cc) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>e) In Absatz 6 Satz 2 wird nach dem Wort „unverzüglich“ das Wort „erneut“ eingefügt.</p>	<p>e) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
f) Folgende Absätze 7 und 8 werden angefügt:	f) Folgende Absätze 7 und 8 werden angefügt:
„(7) Die Einhaltung eines erteilten Rückkehrverbots ist mindestens <u>einmal</u> während seiner Geltung durch die Polizei zu kontrollieren. Hierzu kann die betroffene Person verpflichtet werden, der Polizei ihren aktuellen Aufenthaltsort unverzüglich nachzuweisen.	„(7) Die Einhaltung eines erteilten Rückkehrverbots ist mindestens <u>zweimal</u> während seiner Geltung durch die Polizei zu kontrollieren. Hierzu kann die betroffene Person verpflichtet werden, der Polizei ihren aktuellen Aufenthaltsort unverzüglich nachzuweisen.

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
<p>(8) Die Polizei kann die gefährdete Person unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 mit ihrem Einverständnis an einen anderen geeigneten Ort verbringen, wenn andernfalls die Beantragung oder Herbeiführung einer unabhängigen Entscheidung über den zivilrechtlichen Schutz vor Gewalt oder Nachstellung gefährdet ist. Das Verbringungsangebot soll im Haushalt lebende Kinder mit einbeziehen, soweit der gefährdeten Person für sie ein Sorgerecht zusteht und berechtigte Interessen Dritter dem nicht entgegenstehen. Das zuständige Jugendamt ist zu informieren. <u>Für die Verbringung werden Gebühren und Auslagen nach der Gebührenordnung des Ministeriums des Innern und für Kommunales vom 21. Juli 2010 (GVBl. II Nr. 46), die zuletzt durch die Verordnung vom 15. September 2022 (GVBl. II Nr. 64) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung erhoben. Kostenschuldner ist die betroffene Person nach Absatz 1 Satz 1. Die Maßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 können unter der aufschiebenden Bedingung der Rückkehr der gefährdeten Person in die Wohnung angeordnet werden.“</u></p>	<p>(8) Die Polizei kann die gefährdete Person unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 mit ihrem Einverständnis an einen anderen geeigneten Ort verbringen, wenn andernfalls die Beantragung oder Herbeiführung einer unabhängigen Entscheidung über den zivilrechtlichen Schutz vor Gewalt oder Nachstellung gefährdet ist. Das Verbringungsangebot soll im Haushalt lebende Kinder mit einbeziehen, soweit der gefährdeten Person für sie ein Sorgerecht zusteht und berechtigte Interessen Dritter dem nicht entgegenstehen. Das zuständige Jugendamt ist zu informieren. Die Maßnahmen nach Absatz 1 Satz 1 können unter der aufschiebenden Bedingung der Rückkehr der gefährdeten Person in die Wohnung angeordnet werden.“</p>
<p>5. Nach § 16a werden die folgenden §§ 16b bis 16d eingefügt:</p>	<p>5. Nach § 16a werden die folgenden §§ 16b bis 16d eingefügt:</p>

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
„§ 16b	„§ 16b
Kontakt- und Näherungsverbot	u n v e r ä n d e r t
Einer Person kann untersagt werden, sowohl	
1. Kontakt zu einer gefährdeten Person, auch unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln, aufzunehmen, als auch	
2. Zusammentreffen mit einer gefährdeten Person herbeizuführen,	
wenn dies zur Abwehr einer Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung der gefährdeten Person erforderlich ist (Kontakt- und Näherungsverbot). § 16a Absatz 4 bis 7 gilt entsprechend.	
§ 16c	§ 16c
Verhaltensauflagen	Verhaltensauflagen
(1) Die Polizei kann der betroffenen Person nach § 16a Absatz 1 Satz 1 untersagen, sich in alkoholisiertem Zustand in der Wohnung <u>sowie</u> in deren unmittelbaren Umgebung aufzuhalten, wenn bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sich diese Person in absehbarer Zeit erneut in einen solchen Zustand versetzen wird und für die Dauer dieses Zustandes erneut eine Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 absehbar ist. Die Anordnung ist auf höchstens drei Monate zu befristen. Die Polizei unterrichtet die gefährdete Person unverzüglich über die Dauer und den räumlichen Umfang der Maßnahme.	(1) Die Polizei kann der betroffenen Person nach § 16a Absatz 1 Satz 1 untersagen, sich in alkoholisiertem Zustand in der Wohnung <u>oder</u> deren unmittelbaren Umgebung aufzuhalten, wenn bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sich diese Person in absehbarer Zeit erneut in einen solchen Zustand versetzen wird und für die Dauer dieses Zustandes erneut eine Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 absehbar ist. Die Anordnung ist auf höchstens drei Monate zu befristen. Die Polizei unterrichtet die gefährdete Person unverzüglich über die Dauer und den räumlichen Umfang der Maßnahme.

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
<p>(2) Das Gericht kann auf Antrag der Polizei die betroffene Person verpflichten, an einer von der Polizei benannten Gewaltpräventionsberatung über eine Dauer von drei Monaten in einem Umfang von insgesamt höchstens zwölf Stunden teilzunehmen, wenn das individuelle Verhalten der betroffenen Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass von <u>dieser</u> innerhalb eines übersehbaren Zeitraums eine erneute erhebliche Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 ausgehen wird und die Gewaltpräventionsberatung grundsätzlich geeignet ist, die diesbezügliche Wahrscheinlichkeit zu reduzieren. § 15b Absatz 3 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Die betroffene Person hat der Polizei auf Verlangen den Nachweis über die Teilnahme unverzüglich vorzulegen.</p>	<p>(2) Das Gericht kann auf Antrag der Polizei die betroffene Person verpflichten, an einer von der Polizei benannten Gewaltpräventionsberatung über eine Dauer von drei Monaten in einem Umfang von insgesamt höchstens zwölf Stunden teilzunehmen, wenn das individuelle Verhalten der betroffenen Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass von <u>ihr</u> innerhalb eines übersehbaren Zeitraums eine erneute erhebliche Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 ausgehen wird und die Gewaltpräventionsberatung grundsätzlich geeignet ist, die diesbezügliche Wahrscheinlichkeit zu reduzieren. § 15b Absatz 3 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Die betroffene Person hat der Polizei auf Verlangen den Nachweis über die Teilnahme unverzüglich vorzulegen.</p>
§ 16d	§ 16d
Ordnungswidrigkeiten, Verordnungsermächtigung	u n v e r ä n d e r t
(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig	
1. einer vollziehbaren Anordnung nach § 16a Absatz 1 Satz 1,	
2. einer vollziehbaren Anordnung nach § 16b Satz 1 oder	
3. einer vollziehbaren Anordnung nach § 16c Absatz 1 Satz 1	
zuwiderhandelt.	

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
<p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu fünftausend Euro geahndet werden. Das für Inneres zuständige Mitglied der Landesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Regelsätze für Geldbußen wegen einer Ordnungswidrigkeit nach Absatz 1 zu erlassen.</p>	
<p>(3) Verwaltungsbehörde im Sinne von § 36 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Behörde, die die jeweilige Anordnung nach Absatz 1 erlassen hat.“</p>	
<p>6. § 17 Absatz 1 Nummer 2 wird wie folgt geändert:</p>	<p>6. § 17 Absatz 1 Nummer 2 wird wie folgt geändert:</p>
<p>a) In dem Satzteil vor Buchstabe a wird nach dem Wort „Straftat“ das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt und vor den Wörtern „zu verhindern“ die Wörter „oder einer Ordnungswidrigkeit nach § 16d Absatz 1 Nummer 2“ eingefügt.</p>	<p>a) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>b) In Buchstabe c nach dem Wort „Straftaten“ das Wort „oder“ durch Komma ersetzt und vor den Wörtern „als Störer betroffen“ die Wörter „oder Ordnungswidrigkeiten nach § 16d Absatz 1 Nummer 1 bis 3“ eingefügt.</p>	<p>b) In Buchstabe c <u>wird</u> nach dem Wort „Straftaten“ das Wort „oder“ durch <u>ein</u> Komma ersetzt und vor den Wörtern „als Störer betroffen“ die Wörter „oder Ordnungswidrigkeiten nach § 16d Absatz 1 Nummer 1 bis 3“ eingefügt.</p>
<p>7. § 31a Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p>	<p>7. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Fahrzeugkontrollen“ die Wörter „im öffentlich zugänglichen Raum“ eingefügt.</p>	

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
b) In Satz 4 werden nach dem Wort „Fahrzeugkontrolle“ die Wörter „im öffentlich zugänglichen Raum“ eingefügt.	
8. Nach § 35 werden die folgenden §§ 35a und 35b eingefügt:	8. Nach § 35 werden die folgenden §§ 35a und 35b eingefügt:
„§ 35a	„§ 35a
Opferschutzmaßnahmen	Opferschutzmaßnahmen
(1) Für eine Person, die Opfer einer Straftat wurde oder bei der davon auszugehen ist, dass sie in absehbarer Zeit Opfer einer Straftat werden kann (Schutzperson), dürfen auf Anordnung Urkunden und sonstige Dokumente zum Aufbau und zur Aufrechterhaltung einer vorübergehend geänderten Identität (Tardokumente) hergestellt, vorübergehend verändert und die entsprechend geänderten Daten verarbeitet werden, wenn	(1) u n v e r ä n d e r t
1. dies zu ihrem Schutz vor einer wahrscheinlich nicht nur vorübergehenden Gefahr für Leib, Leben, Freiheit oder die sexuelle Selbstbestimmung erforderlich ist und	
2. die Schutzperson für diese Schutzmaßnahme geeignet ist und ihr zustimmt.	
Die Schutzperson darf unter der vorübergehend geänderten Identität am Rechtsverkehr teilnehmen. Unter den Voraussetzungen des Satzes 1 ist die Polizei für die Schutzperson staatliche Stelle im Sinne des § 20 Absatz 9 Satz 1 Nummer 3 des Infektionsschutzgesetzes.	

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
(2) Soweit erforderlich, können Maßnahmen nach Absatz 1 auch auf Angehörige einer Schutzperson oder ihr sonst nahestehende Personen erstreckt werden. Absatz 1 Satz 2 und 3 <u>gelten</u> entsprechend.	(2) Soweit erforderlich, können Maßnahmen nach Absatz 1 auch auf Angehörige einer Schutzperson oder ihr sonst nahestehende Personen erstreckt werden. Absatz 1 Satz 2 und 3 <u>gilt</u> entsprechend.
(3) § 35 Absatz 2 findet auf die mit dem Schutz betrauten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten Anwendung, soweit ein Handeln unter einer Legende zur Vorbereitung, Durchführung, Lenkung oder Absicherung der Schutzmaßnahmen erforderlich ist.	(3) u n v e r ä n d e r t
(4) Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 dürfen nur durch die Behördenleiterin oder den Behördenleiter oder die jeweilige Vertretung angeordnet oder beendet werden.	(4) u n v e r ä n d e r t
(5) Wird die Schutzmaßnahme insgesamt beendet oder sind einzelne Maßnahmen nicht mehr erforderlich, unterrichtet die Polizei unter Berücksichtigung der Belange des Opferschutzes die beteiligten öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen. Die Polizei zieht Tarndokumente ein, deren Verwendung nicht mehr erforderlich ist.	(5) u n v e r ä n d e r t
§ 35b	§ 35b
Verarbeitung personenbezogener Daten für die Dauer von Opferschutzmaßnahmen sowie Geheimhaltung	Verarbeitung personenbezogener Daten für die Dauer von Opferschutzmaßnahmen sowie Geheimhaltung
(1) Die Polizei kann Auskünfte über personenbezogene Daten der nach § 35a Absatz 1 oder 2 zu schützenden Person verweigern, soweit dies aus Gründen des Opferschutzes erforderlich ist.	(1) u n v e r ä n d e r t

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
<p>(2) Öffentliche Stellen sind berechtigt, auf Ersuchen der Polizei die Verarbeitung personenbezogener Daten einer nach § 35a Absatz 1 oder 2 zu schützenden Person einzuschränken oder diese nicht zu übermitteln. Sie sollen dem Ersuchen entsprechen, soweit entgegenstehende öffentliche Interessen oder schutzwürdige Interessen Dritter nicht überwiegen. Die Beurteilung der Erforderlichkeit der Maßnahme durch die Polizei ist für die ersuchte Stelle bindend.</p>	<p>(2) Öffentliche Stellen sind berechtigt, auf Ersuchen der Polizei die Verarbeitung personenbezogener Daten einer nach § 35a Absatz 1 oder 2 zu schützenden Person einzuschränken oder diese <u>Daten</u> nicht zu übermitteln. Sie sollen dem Ersuchen entsprechen, soweit entgegenstehende öffentliche Interessen oder schutzwürdige Interessen Dritter nicht überwiegen. Die Beurteilung der Erforderlichkeit der Maßnahme durch die Polizei ist für die ersuchte Stelle bindend.</p>
<p>(3) Die Polizei kann von nicht öffentlichen Stellen verlangen, personenbezogene Daten einer nach § 35a Absatz 1 oder 2 zu schützenden Person zu sperren oder nicht zu übermitteln.</p>	<p>(3) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(4) Bei der Datenverarbeitung innerhalb der öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen ist durch diese sicherzustellen, dass der Opferschutz nicht beeinträchtigt wird.</p>	<p>(4) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>(5) Die öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen teilen der Polizei jedes Ersuchen um Bekanntgabe von in ihrer Verarbeitung eingeschränkten oder sonst von ihr bestimmten Daten unverzüglich mit.</p>	<p>(5) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
<p>(6) Wer mit dem Opferschutz befasst wird, darf die ihm bekannt gewordenen Erkenntnisse über Opferschutzmaßnahmen auch über den Zeitpunkt der Beendigung des Opferschutzes hinaus nicht unbefugt offenbaren. Personen, die nicht Amtsträger gemäß § 11 Absatz 1 Nummer 2 des Strafgesetzbuches sind, sollen nach dem Verpflichtungsgesetz vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 547), das durch § 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung verpflichtet werden, sofern dies geboten erscheint.“</p>	<p>(6) <u>u n v e r ä n d e r t</u></p>
	<p>9. <u>Nach § 45 wird folgender § 45a eingefügt:</u></p>
	<p><u>„§ 45a</u></p>
	<p><u>Zusammenarbeit in gemeinsamen Gremien (Fallkonferenzen)</u></p>
	<p><u>(1) Die Polizei kann zum Zweck einer abgestimmten Aufgabenwahrnehmung fallübergreifend mit öffentlichen Einrichtungen und sonstigen Stellen, deren Tätigkeit sich auf die Entstehung, das Erkennen oder die Abwehr von Gefahren nach § 1 Absatz 1 auswirkt, zusammenarbeiten, insbesondere durch Teilnahme an gemeinsamen Konferenzen und Mitwirkung in vergleichbaren gemeinsamen Gremien.</u></p>
	<p><u>(2) An einzelfallbezogener Zusammenarbeit (Fallkonferenz) soll die Polizei teilnehmen, wenn damit das Ziel gefördert werden kann,</u></p>

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
	<u>1. eine bestehende Gefahr für eine oder mehrere Personen abzuwenden, die von einer oder mehreren Personen nach §§ 5 und 6 ausgeht, oder</u>
	<u>2. eine drohende Straftat zu verhindern.</u>
	<u>(3) Im Rahmen von Fallkonferenzen darf die Polizei personenbezogene Daten, die sie in dem konkreten Einzelfall zulässig erhoben hat, verarbeiten und dabei an öffentliche Einrichtungen des Bundes und der Länder übermitteln, sofern dies auf der Grundlage einer polizeilichen Risikoprognose zur Abwehr einer Gefahr für Leib, Leben, Freiheit, die sexuelle Selbstbestimmung einer oder durch eine Person angemessen ist.</u>
	<u>(4) Die wesentlichen Ergebnisse der Fallkonferenzen sind zu dokumentieren; § 13 des Brandenburgischen Polizei-, Justizvollzugs- und Maßregelvollzugsdatenschutzgesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 43 S. 2) bleibt unberührt. Eine weitere Verarbeitung nach Absatz 1 oder nach Absatz 2 erhobener personenbezogener Daten außerhalb des Gremiums oder der Fallkonferenz ist nur zulässig, soweit die Erhebung und deren Gründe dokumentiert sind, diese Daten zu dem Zweck rechtmäßig an die verarbeitende Stelle übermittelt werden dürfen und die Stelle, von der diese Daten stammen, der weiteren Verarbeitung zugestimmt hat.</u>

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
	<u>(5) Die Landesregierung berichtet dem Landtag bis zum 31. Dezember 2026 über die mit Einführung der Absätze 1 bis 4 erreichte Wirkung zur Gefahrenabwehr und damit verbundenen Grundrechtsbeeinträchtigungen.“</u>
Artikel 2	Artikel 2
<u>Änderung des Ordnungsbehörden-gesetzes</u>	<u>entfällt</u>
<u>Das Ordnungsbehördengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. August 1996 (GVBl. I S. 266), das zuletzt durch das Gesetz vom 7. Juni 2022 (GVBl. I Nr. 13) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:</u>	
<u>1. § 23 wird wie folgt geändert:</u>	
<u>a) Nummer 1 wird wie folgt geändert:</u>	
<u>aa) In Buchstabe b wird die Angabe „Nr. 4, 5, 6 und 7“ durch die Wörter „Nummer 4 bis 7“ ersetzt.</u>	
<u>bb) In Buchstabe d wird jeweils die Angabe „Nr.“ durch das Wort „Nummer“ ersetzt.</u>	
<u>cc) Buchstabe e wird wie folgt gefasst:</u>	
<u>„e) §§ 16, 16b und § 16d sowie zur Abwehr gegenwärtiger Gefahren § 16a Absatz 1 bis 6 und 8,“</u>	

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
<u>dd) In Buchstabe f werden die Wörter „mit Ausnahme des Absatzes 1 Nr. 4“ gestrichen.</u>	
<u>ee) In Buchstabe g wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.</u>	
<u>b) In Nummer 2 wird in dem Satzteil vor Buchstabe a das Wort „Von“ durch das Wort „von“ ersetzt.</u>	
<u>2. § 43 wird wie folgt geändert:</u>	
<u>a) Nach Nummer 2 werden die folgenden Nummern 3 und 4 eingefügt:</u>	
<u>„3. Freizügigkeit (Artikel 11 Absatz 1 des Grundgesetzes, Artikel 17 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg),</u>	
<u>4. informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes) und Datenschutz (Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg),“.</u>	
<u>b) Die bisherigen Nummern 3 und 4 werden die Nummern 5 und 6.</u>	

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
Artikel <u>3</u>	Artikel <u>2</u>
Änderung des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes	Änderung des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes
Das Brandenburgische Rettungsdienstgesetz vom 14. Juli 2008 (GVBl. I S. 186), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 42 S. 11) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Brandenburgische Rettungsdienstgesetz vom 14. Juli 2008 (GVBl. I S. 186), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 42 S. 11) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
1. In der Inhaltsübersicht wird nach der Angabe zu § 19 folgende Angabe eingefügt:	1. u n v e r ä n d e r t
„§ 19a Informationen zu Gefahrenlagen“.	
2. Nach § 19 wird folgender § 19a eingefügt:	2. Nach § 19 wird folgender § 19a eingefügt:
„§ 19a	„§ 19a
Informationen zu Gefahrenlagen	Informationen zu Gefahrenlagen
(1) Werden	(1) Werden
1. Ärztinnen und Ärzten,	1. u n v e r ä n d e r t
2. Notfallsanitäterinnen und -sanitätern	2. u n v e r ä n d e r t

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
<p>in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit im Rettungsdienst gewichtige Anhaltspunkte bekannt, die die Annahme einer Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 des Brandenburgischen Polizeigesetzes begründen, sind sie zur Abwehr dieser Gefahr berechtigt, die Polizei zu informieren. Die Berechtigung nach Satz 1 gilt auch für Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten, soweit sie anstelle von Notfallsanitäterinnen und -sanitäter nach § 6 Absatz 7 der Landesrettungsdienstplanverordnung eingesetzt werden.</p>	<p>in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit im Rettungsdienst gewichtige Anhaltspunkte bekannt, die die Annahme einer Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 des Brandenburgischen Polizeigesetzes begründen, sind sie zur Abwehr dieser Gefahr berechtigt, die Polizei zu informieren, <u>sofern sie nicht Kenntnis von einer vertraulichen Spurensicherung haben.</u> Die Berechtigung nach Satz 1 gilt auch für Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten, soweit sie anstelle von Notfallsanitäterinnen und -sanitäter nach § 6 Absatz 7 der Landesrettungsdienstplanverordnung eingesetzt werden. <u>Zu diesem Zweck dürfen die Personen nach den Sätzen 1 und 2 auch personenbezogene Daten besonderer Kategorien der gefährdeten Person an die Polizei übermitteln. Sie können zur Einschätzung, ob die Anhaltspunkte gewichtig sind, polizeiliche und psychosoziale Beratung in Anspruch nehmen. Sie sind zu diesem Zweck befugt, der Polizei die dafür erforderlichen Daten zu übermitteln; vor einer Übermittlung der Daten sind die Daten zur gefährdeten Person zu pseudonymisieren. § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz geht vor.</u></p>

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
<p><u>Zu diesem Zweck dürfen die Personen nach Satz 1 und Satz 2 auch personenbezogene Daten besonderer Kategorien der gefährdeten Person an die Polizei übermitteln. Sie können zur Einschätzung, ob die Anhaltspunkte gewichtig sind, polizeiliche Beratung in Anspruch nehmen. Sie sind zu diesem Zweck befugt, der Polizei die dafür erforderlichen Daten zu übermitteln; vor einer Übermittlung der Daten sind die Daten zur gefährdeten Person zu pseudonymisieren. § 4 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz geht vor.</u></p>	
<p>(2) Werden personenbezogene Daten unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 bis 4 weitergegeben, so handelt die Person, die sie weitergibt, auch insoweit nicht unbefugt, als sie zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungsvorschriften verpflichtet ist.“</p>	<p>(2) Werden personenbezogene Daten unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 bis 4 weitergegeben, so handelt die Person, die sie weitergibt, auch insoweit nicht unbefugt, als sie zur Wahrung gesetzlicher Geheimhaltungsvorschriften verpflichtet ist.“</p>
<p>3. In § 22 werden die Wörter „§ 15 Absatz 3 und § 19 wird das Grundrecht“ durch die Wörter „§ 15 Absatz 3, § 19 und § 19a werden das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes) sowie das Grundrecht“ ersetzt.</p>	<p>3. u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
Artikel <u>4</u>	Artikel <u>3</u>
Änderung des Kindertagesstättengesetzes	u n v e r ä n d e r t
§ 11a Absatz 3 Satz 1 des Kindertagesstättengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 2004 (GVBl. I S. 384), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. Dezember 2022 (GVBl. I Nr. 34 S. 6) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:	
„Der Nachweis nach Absatz 1 Satz 2 ist gegenüber der Leitung der Kindertagesstätte durch Vorlage	
1. einer ärztlichen Bescheinigung nach Absatz 2 Satz 2,	
2. einer Impfdokumentation nach § 22 Absatz 1 des Infektionsschutzgesetzes,	
3. einer Dokumentation nach § 26 Absatz 2 Satz 4 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch oder	
4. einer Bescheinigung im Rahmen von Opferschutzmaßnahmen der Polizei nach § 35a Absatz 1 des Brandenburgischen Polizeigesetzes, wonach ein Nachweis nach den Nummern 1, 2 oder 3 bereits vorgelegen hat,	
zu erbringen.“	

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
Artikel <u>5</u>	Artikel <u>4</u>
Einschränkung von Grundrechten	u n v e r ä n d e r t
(1) Das Grundrecht auf Freiheit der Person (Artikel 2 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes, Artikel 9 Absatz 1 Satz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) wird durch die Artikel 1 Nummer 5 und 6 sowie durch Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe dd eingeschränkt.	
(2) Das Grundrecht auf Freizügigkeit (Artikel 11 Absatz 1 des Grundgesetzes, Artikel 17 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) wird durch Artikel 1 Nummer 4 Buchstabe a, c und e sowie Nummer 5 und 6 sowie durch Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc und dd eingeschränkt.	
(3) Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 des Grundgesetzes, Artikel 15 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) wird durch Artikel 1 Nummer 3 eingeschränkt.	
(4) Das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung (Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes) sowie das Grundrecht auf Datenschutz (Artikel 11 Absatz 1 der Verfassung des Landes Brandenburg) werden durch Artikel 1 Nummer 3 und 4 Buchstabe b, c und f, Nummer 5, Nummer 7 Buchstabe a und b und Nummer 8 sowie durch Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a Doppelbuchstabe cc und dd und Artikel 3 Nummer 2 eingeschränkt.	

Gesetzesentwurf der Landesregierung	Rechtsförmliche Änderungshinweise der Landtagsverwaltung
Artikel <u>6</u>	Artikel <u>5</u>
Inkrafttreten	u n v e r ä n d e r t
Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.	

Begründung

Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Vorsitzende des Ausschusses für
Inneres und Kommunales
Frau Abgeordnete Marlen Block MdL

Ausschuss für Soziales,
Gesundheit, Integration
und Verbraucherschutz

Der Vorsitzende

im Hause

Datum: 10. Oktober 2023

Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/7349 Neudruck vom 08.04.2023

Stellungnahme des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucher- schutz

Sehr geehrte Frau Kollegin,

der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (ASGIV) befasste sich mit dem an ihn zur Mitberatung überwiesenen Gesetzentwurf der Landesregierung in seiner 86. Sitzung am 26. April 2023 und abschließend in seiner 89. Sitzung am 4. Oktober 2023.

In der 86. Sitzung informierte das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz den Ausschuss über den Gesetzentwurf. Das Ministerium habe erreicht, dass die geplanten Bodycams aus dem Entwurf gestrichen worden seien. Folgende Dinge befürworte es: die Fokussierung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung auf bereits auffällig gewordene Straftäter, ein Rückkehrverbot bei einer Wohnungsverweisung, die Einführung einer polizeilich veranlassten Kontaktaufnahme durch eine Beratungsstelle zur Gefahrenabwehr, die Unterstützung bei der Unterbringung gefährdeter Personen in Schutzeinrichtungen, die Möglichkeit zur Erteilung von Kontaktbeschränkungen, die Erteilung von Verhaltensaufträgen zur Beschränkung für den Aufenthalt in der Wohnung, die verpflichtende Teilnahme an Gewaltpräventionsmaßnahmen, die Aufnahme von Bußgeldtatbeständen, die Erweiterung des Schutzwahrsams für eine Ordnungswidrigkeit, die Erweiterung der polizeilichen Möglichkeiten zum Opferschutz und die Befugnisse zur Einschränkung der Verwendung personenbezogener Daten zum Zweck des Opferschutzes. Dem Ministerium sei es wichtig gewesen, die Meldemöglichkeiten der Notfallsanitäter im Einsatz gesetzlich abzudecken. Da entsprechende Änderungen im Gesetzentwurf vorgenommen worden seien, habe das Ministerium diesem zustimmen können.

Zu der abschließenden Beratung des Gesetzentwurfes in der 89. Sitzung am 4. Oktober 2023 lag ein gemeinsamer Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen vom 4. Oktober 2023 im Neudruck (Anlage) für eine Stellungnahme des Ausschusses vor.

Die AfD-Fraktion stellte zu Beginn der Aussprache den mündlichen Antrag auf Vertagung der abschließenden Beratung. Als ein Grund wurde angegeben, dass die Anhörung parallel zu einer Sitzung der ASGIV stattgefunden habe. Daher hätten die Mitglieder der AfD-Fraktion im ASGIV der Anhörung nicht folgen können. Außerdem gebe es noch kein Wortprotokoll. Da es insbesondere



auch um den Einsatz der Bodycam bei häuslicher Gewalt gehe, den die Fraktion befürworte, würde die Fraktion vor einer abschließenden Beratung erst das Protokoll lesen und sich dann eine Meinung bilden wollen.

Die Koalitionsfraktionen erklärten, dass es keine Notwendigkeit gebe, die abschließende Beratung zu vertagen, zumal der federführende Ausschuss um eine Stellungnahme bis zum 20. Oktober gebeten habe. Sie hätten sich durch die an der Anhörung teilnehmenden Abgeordneten der Koalitionsfraktionen genügend über alle Beiträge in der Anhörung informieren können. Der Inhalt aller schriftlichen Stellungnahmen, die den mitberatenden Ausschüssen vor deren abschließenden Beratungen zugeleitet worden seien, sei bekannt. Die Koalitionsfraktionen baten um Zustimmung für ihren vorliegenden Beschlussvorschlag.

Die Fraktion DIE LINKE stellte klar, dass der Gesetzentwurf grundsätzlich wichtige und richtige Maßnahmen wie die Verlängerung der Wegweisungsdauer enthalte. Der Gesetzentwurf sei jedoch in erster Linie fast ausschließlich repressiv täterorientiert und missachte die Grenzen der Unschuldsvermutung und der ausschließlichen Strafzuständigkeit der Gerichte. Es fehlten ausgeweitete, finanziell dauerhaft gesicherte Angebote sowohl für Opfer als auch Anlaufstellen für Täterinnen und Täter. Der Gesetzentwurf sei aus Sicht der Fraktion DIE LINKE in wesentlichen Teilen verfassungswidrig. Dies betreffe vor allem die Anordnung des Tragens der Fußfessel, die einen sehr schweren Grundrechtseingriff darstelle, ohne dass im konkreten Kontext häuslicher Gewalt eine präventive Wirkung überhaupt zu erwarten sei. Nach aus Sicht der Fraktion gesicherten kriminologischen Erkenntnissen sei vielmehr das Gegenteil der Fall. Auch die Weisung, in der eigenen Wohnung keinen Alkohol zu trinken, oder die bußgeldbewehrte Weisung, eine Beratungsstelle aufzusuchen, seien verfassungsrechtlich bedenklich. Derart schwerwiegende Grundrechtseingriffe bzw. strafähnliche Maßnahmen ohne vorherige Verurteilung müssten jedenfalls unter Richtervorbehalt gestellt werden. Zudem bedürfe es konkreter gesetzlicher Mindestvoraussetzungen, wie z. B. wiederholter Polizeieinsätze bei andauernder und wiederholter Bedrohung. Gleiches gelte im Übrigen für die Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht. Hier sehe die Fraktion eine Kollision mit grundlegenden Rechtsprinzipien, die dem Schutz des Opfers dienen. Diese sollten nicht abwägen, ob sie auf ärztliche Hilfe verzichten würden, wenn dem Partner oder ihnen selbst polizeiliche Anzeigen und Konsequenzen drohten. Erwachsene Opfer häuslicher Gewalt würden durch den Gesetzentwurf zum Objekt staatlichen Handelns. Ihr möglicherweise entgegenstehender Wille würde als unbeachtlich gelten. Dies entspreche nicht dem geltenden rechtsstaatlichen Verständnis gegenüber volljährigen bzw. geschäftsfähigen Personen. Opfer von Straftaten würden dadurch erneut viktimisiert und erlebten eine Ohnmacht gegenüber anderen handelnden Personen. Dies könne nicht Sinn und Zweck eines richtigen und wichtigen Opferschutzgesetzes sein. Die Fraktion DIE LINKE werde sich bei der Abstimmung über den Neudruck des Beschlussvorschlags enthalten.

Die Koalitionsfraktionen verwiesen darauf, dass eine Abgeordnete an der Anhörung teilgenommen habe. Zum entgegenstehenden Willen der Opfer führt diese aus, dass gerade dies insbesondere von Praktikerinnen und Praktikern sowie Expertinnen und Experten aus der täglichen Arbeit mit von Gewalt betroffenen Frauen nachdrücklich gefordert worden sei. Aus deren Sicht müsse eine Kontaktaufnahme durch psychosoziale Beratungsstellen auch bei entgegenstehendem Willen unbedingt möglich sein. Dies sei eine Forderung aus der Praxis. Sie könne dies daher nur

unterstützen. Dass es gerade bei den Verhaltensaufgaben für potentielle Straftäter, die Alkohol in der eigenen Wohnung konsumierten, einer Konkretisierung bedürfe, insbesondere was das rechtlich bedeute, und dass die Rechtsgrundlagen konkreter gefasst und die Eingriffsvoraussetzungen klarer formuliert werden müssten, sei Teil des Neudrucks des gemeinsamen Beschlussvorschlags der Koalitionsfraktionen.

Aufgrund einer Nachfrage der AfD-Fraktion stellten die Koalitionsfraktionen den mündlichen Änderungsantrag zum Neudruck ihres gemeinsamen Beschlussvorschlags, auf Seite 2 im Absatz 3 den Satz 1 wie folgt zu fassen: „§ 16a Abs. 1 und 5 BbgPolG-E- Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt.“

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz lehnte am Ende der Aussprache den mündlichen Antrag der AfD-Fraktion auf Vertagung der abschließenden Beratung mehrheitlich (4 : 10 : 0) bei drei Ja-Stimmen der AfD-Fraktion und einer Ja-Stimme der Fraktion BVB/FW mit zehn Nein-Stimmen der anderen Fraktionen ohne Stimmenthaltungen ab. Der Ausschuss votierte abschließend einstimmig mit acht Ja-Stimmen der Koalitionsfraktionen, keinen Nein-Stimmen und sechs Stimmenthaltungen der Oppositionsfraktionen (8 : 0 : 6) für die Annahme des Neudrucks des gemeinsamen Beschlussvorschlags der Koalitionsfraktionen (Anlage) in der geänderten Fassung und damit im Rahmen seines Aufgabenbereichs für folgende Stellungnahme:

„Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (ASGIV) bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Drucksache 7/7349 Neudruck) vom 8. März 2023.

Der ASGIV hat den Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 7/7349 Neudruck) in seiner 89. Sitzung am 4. Oktober 2023 abschließend beraten. Eine erste ausführliche Befassung hatte der ASGIV in seiner 86. Sitzung am 20. April 2023 durchgeführt. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz führte zur Notwendigkeit der Anpassung der Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt aus. Dieser Einschätzung folgt der ASGIV.

Mehrere Umsetzungsgesetze des Bundes zu europäischen Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen verpflichten das Land Brandenburg, Maßnahmen zum Schutz von Frauen gegen Gewalt zu überprüfen und an die Bedarfe anzupassen. Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik untermauern den steigenden Bedarf sowohl von Frauen als auch von ihren Kindern an Schutz vor Gewalt. So wurde vom Jahr 2019 zum Jahr 2020 eine Zunahme von Fällen sogenannter häuslicher Gewalt von ca. 20 Prozent registriert. Der ASGIV begrüßt, dass mit dem vorliegenden Artikelgesetz Befugnisse der Brandenburger Polizei angepasst und zusätzliche Maßnahmen zur Befähigung einer adäquaten Reaktion bei vorliegenden Gefahrensituationen für Frauen und Kinder ermöglicht werden.

Dabei gilt es ebenfalls zu beachten, dass Frauen auch außerhalb ihres häuslichen Umfelds im Verhältnis häufiger Opfer von Gewalteinwirkungen werden. Diese Gewalteinwirkung kann sich ebenfalls in psychischer Gewalt in Form des sogenannten Stalkings ausdrücken. Hier

muss auch bereits im Vorfeld konkreter Gefahren eine gesetzliche Grundlage für die polizeiliche Eingriffsmöglichkeit geschaffen werden. Der ASGIV teilt die Auffassung, dass eine täterbezogene Anpassung des Brandenburgischen Polizeigesetzes zum besseren Schutz der Opfer führen wird.

Zu den einzelnen Maßnahmen:

§ 15 BbgPolG-E- Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (eAÜ)

Das Für und Wider für sogenannte Fußfesseln lässt sich kontrovers diskutieren. Es ist bekannt, dass Taten trotz Fußfessel begangen werden, entweder ermöglicht dadurch, dass die elektronische Aufenthaltsüberwachung entfernt wurde oder gegen die Auflage einen bestimmten Ort nicht aufzusuchen, verstoßen wurde. Insoweit kann die eAÜ nur als zusätzliche Maßnahme begriffen werden. Die Auswertung der Anhörung insbesondere von Betroffenen hat ergeben, dass die eAÜ als ergänzende Maßnahme zur Gefahrenabwehr begrüßt wird. Dieser Einschätzung schließt sich der ASGIV unter Abwägung der sich gegenüberstehenden Rechtsgüter ebenfalls an, jedoch mit dem Hinweis, die Eingriffsdauer und Eingriffsintensität in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung fortlaufend auf ihre Verhältnismäßigkeit hin zu überprüfen.

§ 16a Abs. 1 und 5 BbgPolG-E- Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt.

Der ASGIV unterstützt das Vorhaben die Anordnung der Wohnungsverweisung und des Rückkehrverbotes bereits bei konkreter Gefahr vornehmen zu können. Ein Zuwarten bis zum Eintritt des schädigenden Ereignisses ist unzumutbar. Bezugspunkte des Gefahrenverdachts bilden danach unmittelbar die Rechtsgüter Leib, Leben, Freiheit und die sexuelle Selbstbestimmung einer Person. Diese Rechtsgüter fallen in die vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsrechtlich höchste Kategorie der sogenannten überragend wichtigen Rechtsgüter. Die verlängerte Höchstfrist von zwei Wochen anstelle der bislang normierten zehn Tage wird zur Abwendung einer wiederholten Gefahr als angemessen erachtet.

§ 16a Abs. 4 BbgPolG-E- Kontaktaufnahme durch eine Beratungsstelle

Die Opferverbände und Betroffenen haben darauf hingewiesen, eine zugewandte und fürsorgliche Beratung zur Bewältigung der Stresssituation zu benötigen. Insbesondere Opfer von Gewaltverbrechen sind aufgrund der Belastung und Traumatisierung oftmals nicht in der Lage, sich geeignete Hilfe zu suchen. Zumindest die Kontaktaufnahme durch eine psychosoziale Beratungsstelle hält der ASGIV als eine weitere geeignete Maßnahme zur Unterstützung von betroffenen Frauen.

§ 16c BbgPolG-E- Verhaltensaufgaben für potentielle Straftäter

Der ASGIV begrüßt die Möglichkeit zur Erteilung von Verhaltensaufgaben für potentielle Straftäter häuslicher Gewalt in Form der Beschränkungen für den Aufenthalt in der Wohnung unter Einfluss alkoholischer Getränke und in Form der verpflichtenden Teilnahme an Gewaltpräventionsberatungen, die der ASGIV für sehr wichtig erachtet. Die Entwicklung der Zahlen von Straftaten unter Einfluss von Alkohol zeigen eine steigende Tendenz, so dass diese Maßnahme ebenfalls einen Beitrag zur Verhinderung von weiteren Taten leisten wird.

Hier gilt es aber die rechtliche Grundlage konkreter auszugestalten und die Eingriffsvoraussetzungen eindeutiger zu formulieren.“

Mit freundlichen Grüßen



Björn Lüttmann

Anlage

Neudruck des gemeinsamen Beschlussvorschlags der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Stellungnahme vom 4. Oktober 2023



Vorsitzenden des Ausschusses
für Soziales, Gesundheit, Integration
und Verbraucherschutz
Herrn Björn Lüttmann
im Hause

Neudruck

Stellungnahme des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz in Bezug auf den Beschluss des Ausschusses für Inneres und Kommunales vom 26.04.2023 zum Entwurf des Gesetzes zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Drucksache 7/7349 Neudruck) vom 8. März 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

seitens der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlagen wir in Bezug auf die vom Ausschuss für Inneres und Kommunales erbetene Stellungnahme folgenden Beschlussvorschlag für eine Stellungnahme als Rückmeldung vor:

„Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (ASGIV) bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Drucksache 7/7349 Neudruck) vom 8. März 2023.

Der ASGIV hat den Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache 7/7349 Neudruck) in seiner 89. Sitzung am 4. Oktober 2023 abschließend beraten. Eine erste ausführliche Befassung hatte der ASGIV in seiner 86. Sitzung am 20. April 2023 durchgeführt. Das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz führte zur Notwendigkeit der Anpassung der Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor Gewalt aus. Dieser Einschätzung folgt der ASGIV.

Mehrere Umsetzungsgesetze des Bundes zu europäischen Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen verpflichten das Land Brandenburg, Maßnahmen zum Schutz von Frauen gegen Gewalt zu überprüfen und an die Bedarfe anzupassen. Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik untermauern den steigenden Bedarf sowohl von Frauen als auch von ihren Kindern an Schutz vor Gewalt. So wurde vom Jahr 2019 zum Jahr 2020 eine Zunahme von Fällen sogenannter häuslicher Gewalt von ca. 20 Prozent registriert. Der ASGIV begrüßt, dass mit dem vorliegenden Artikelgesetz Befugnisse der Brandenburger Polizei angepasst und zusätzliche Maßnahmen zur Befähigung einer adäquaten Reaktion bei vorliegenden Gefahrensituationen für Frauen und Kinder ermöglicht werden.

Dabei gilt es ebenfalls zu beachten, dass Frauen auch außerhalb ihres häuslichen Umfelds im Verhältnis häufiger Opfer von Gewalteinwirkungen werden. Diese Gewalteinwirkung kann sich ebenfalls in psychischer Gewalt in Form des sogenannten Stalkings ausdrücken. Hier muss auch bereits im Vorfeld konkreter Gefahren eine gesetzliche Grundlage für die polizeiliche Eingriffsmöglichkeit geschaffen werden. Der ASGIV teilt die Auffassung, dass eine täterbezogene Anpassung des Brandenburgischen Polizeigesetzes zum besseren Schutz der Opfer führen wird.

Zu den einzelnen Maßnahmen:

§ 15 BbgPolG-E- Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (eAÜ)

Das Für und Wider für sogenannte Fußfesseln lässt sich kontrovers diskutieren. Es ist bekannt, dass Taten trotz Fußfessel begangen werden, entweder ermöglicht dadurch, dass die elektronische Aufenthaltsüberwachung entfernt wurde oder gegen die Auflage einen bestimmten Ort nicht aufzusuchen, verstoßen wurde. Insoweit kann die eAÜ nur als zusätzliche Maßnahme begriffen werden. Die Auswertung der Anhörung insbesondere von Betroffenen hat ergeben, dass die eAÜ als ergänzende Maßnahme zur Gefahrenabwehr begrüßt wird. Dieser Einschätzung schließt sich der ASGIV unter Abwägung der sich gegenüberstehenden Rechtsgüter ebenfalls an, jedoch mit dem Hinweis, die Eingriffsdauer und Eingriffsintensität in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung fortlaufend auf ihre Verhältnismäßigkeit hin zu überprüfen.

§ 16a Abs. 1 und 5 BbgPolG-E- Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz häuslicher Gewalt.

Der ASGIV unterstützt das Vorhaben die Anordnung der Wohnungsverweisung und des Rückkehrverbotes bereits bei konkreter Gefahr vornehmen zu können. Ein Zuwarten bis zum Eintritt des schädigenden Ereignisses ist unzumutbar. Bezugspunkte des Gefahrenverdachts bilden danach unmittelbar die Rechtsgüter Leib, Leben, Freiheit und die sexuelle Selbstbestimmung einer Person. Diese Rechtsgüter fallen in die vom Bundesverfassungsgericht als verfassungsrechtlich höchste Kategorie der sogenannten überragend wichtigen Rechtsgüter. Die verlängerte Höchstfrist von zwei Wochen anstelle der bislang normierten zehn Tage wird zur Abwendung einer wiederholten Gefahr als angemessen erachtet.

§ 16a Abs. 4 BbgPolG-E- Kontaktaufnahme durch eine Beratungsstelle

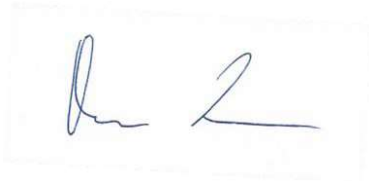
Die Opferverbände und Betroffenen haben darauf hingewiesen, eine zugewandte und fürsorgliche Beratung zur Bewältigung der Stresssituation zu benötigen. Insbesondere Opfer von Gewaltverbrechen sind aufgrund der Belastung und Traumatisierung oftmals nicht in der Lage, sich geeignete Hilfe zu suchen. Zumindest die Kontaktaufnahme durch eine psychosoziale Beratungsstelle hält der ASGIV als eine weitere geeignete Maßnahme zur Unterstützung von betroffenen Frauen.

§ 16c BbgPolG-E- Verhaltensaufgaben für potentielle Straftäter

Der ASGIV begrüßt die Möglichkeit zur Erteilung von Verhaltensaufgaben für potentielle Straftäter häuslicher Gewalt in Form der Beschränkungen für den Aufenthalt in der Wohnung unter Einfluss alkoholischer Getränke und in Form der verpflichtenden Teilnahme an Gewaltpräventionsberatungen,

die der ASGIV für sehr wichtig erachtet. Die Entwicklung der Zahlen von Straftaten unter Einfluss von Alkohol zeigen eine steigende Tendenz, so dass diese Maßnahme ebenfalls einen Beitrag zur Verhinderung von weiteren Taten leisten wird. Hier gilt es aber die rechtliche Grundlage konkreter auszugestalten und die Eingriffsvoraussetzungen eindeutiger zu formulieren.

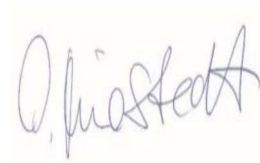
Potsdam, 04.10.2023

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Björn Lüttmann'.

Björn Lüttmann
für die SPD-Fraktion

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Kristy Augustin'.

Kristy Augustin
für die CDU-Fraktion

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Carla Kniestedt'.

Carla Kniestedt für die Fraktion
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport

Vorsitzende
des Ausschusses für Inneres und Kommunales
Frau Abgeordnete Marlen Block

Die Vorsitzende

im Hause

Datum: 13. Oktober 2023

Stellungnahme des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport zum Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/7349 (Neudruck) vom 08.03.2023 - Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

Ihr Schreiben vom 26. April 2023

Sehr geehrte Frau Kollegin,

mit o. g. Schreiben haben Sie den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport gebeten, eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ im Rahmen seines Zuständigkeitsbereiches abzugeben. Im Namen der Ausschussmitglieder bedanke ich mich in diesem Zusammenhang für die Einladung zur mündlichen Anhörung am 6. September 2023.

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport befasste sich mit dem ihm zur Mitberatung überwiesenen Gesetzentwurf der Landesregierung in seiner 44. Sitzung am 27. April 2023 und abschließend in seiner 50. Sitzung am 5. Oktober 2023. Zur abschließenden Beratung lag den Ausschussmitgliedern eine Beschlussvorlage der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage) vom 4. Oktober 2023 vor.

Die Koalitionsfraktionen begrüßten die geplanten Änderungen, die zum Schutz von Frauen und ihren Kindern vor Gewalt vorgenommen würden. Die Vertreterin der SPD-Fraktion berichtet, dass die Praktiker in der mündlichen Anhörung ausgeführt hätten, dass ein gegebenenfalls entgegenstehender Wille der Opfer zum Schutz vor häuslicher Gewalt unbeachtlich sei. Diese würden sich oft nicht trauen, Hilfe in Anspruch zu nehmen. Dies sei in der Stellungnahme im Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz ausgeführt worden. Es sei aber eine Konkretisierung der rechtlichen Grundlagen und Eingriffsvoraussetzungen erbeten worden. Im Übrigen verwiesen die Koalitionsfraktionen auf die in der Stellungnahme (Anlage) aufgeführten Punkte, die den Aufgabenbereich des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport betreffen.



Die Fraktion DIE LINKE stellte klar, dass der Gesetzentwurf grundsätzlich wichtige und richtige Maßnahmen zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt enthielte. Sie kritisierte, dass der Gesetzentwurf in erster Linie fast ausschließlich repressiv und täterorientiert sei. Er missachte die Grenzen der Unschuldsvermutung. Zudem werde die alleinige Strafkompetenz der Gerichte nicht gewahrt. Es würden ausgeweitete, finanziell dauerhaft gesicherte Angebote sowohl für Opfer als auch Anlaufstellen für Täterinnen und Täter fehlen. Der Gesetzentwurf sei in weiten Teilen nicht verfassungsgemäß. Das beträfe vor allem die Anordnung des Tragens einer Fußfessel, was einen sehr schweren Grundrechtseingriff darstelle, ohne dass im häuslichen Kontext davon eine präventive Wirkung zu erwarten sei. Nach gesicherten kriminologischen Erkenntnissen sei vielmehr das Gegenteil der Fall. Auch die Weisung, in der Wohnung keinen Alkohol zu trinken, oder die bußgeldbewehrte Weisung, eine Beratungsstelle aufzusuchen, begegne verfassungsrechtlichen Bedenken. Solch schwerwiegende Grundrechtseingriffe bzw. strafähnliche Maßnahmen ohne vorherige Verurteilung müssten jedenfalls unter Richtervorbehalt stehen. Zudem bedürfe es gesetzlicher Mindestvorgaben, wie zum Beispiel wiederholte polizeiliche Einsätze, anhaltende oder wiederholte Bedrohung etc. Dies gelte auch für die Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht. Hier sehe die Fraktion DIE LINKE im Übrigen eine Kollision mit grundlegenden Rechtsprinzipien, die auch dem Schutz des Opfers dienten. Diese sollten nicht abwägen müssen, ob sie auf ärztliche Hilfe verzichten würden, wenn dem Partner oder ihnen selbst polizeiliche Meldungen oder Konsequenzen drohen würden. Die erwachsenen Betroffenen häuslicher Gewalt würden durch den Gesetzentwurf zum Objekt staatlichen Handelns. Ihr gegebenenfalls entgegenstehender Wille gelte als unbeachtlich. Dies entspreche nicht dem geltenden rechtsstaatlichen Verständnis gegenüber volljährigen bzw. geschäftsfähigen Menschen. Opfer von Straftaten würden dadurch erneut viktimisiert und würden eine Ohnmacht gegenüber anderen handelnden Personen erleben. Dies könne nicht Sinn und Zweck eines richtigen und wichtigen Gesetzes zum Opferschutz sein. Insofern werde sich die Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Im Anschluss an die Aussprache votierte der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport einstimmig bei fünf Stimmenthaltungen (6 : 0 : 5) für die Annahme der Beschlussvorlage (Anlage) und erlaubte der Landtagsverwaltung daran redaktionelle Anpassungen vorzunehmen:

„Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport begrüßt, dass die Maßnahmen zum Schutz von Frauen gegen Gewalt im Zuge der Erstellung des vorliegenden Gesetzentwurfs überprüft worden sind und mit Vorlage des Gesetzentwurfs angepasst werden.“

Mit dem Gesetz zum Übereinkommen des Europarats vom 11. Mai 2011 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) vom 17. Juli 2017 (BGBl. 2017 II S. 1026) und dem Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 21. Dezember 2008 (BGBl. 2008 II S. 1419) haben sich bei den bisherigen Maßnahmen zum Schutz von Frauen gegen Gewalt Optimierungsmöglichkeiten auf landesgesetzlicher Ebene ergeben.

Die Umsetzung dieser Optimierung erfordert Änderungen des Brandenburgischen Polizeigesetzes (BbgPolG), des Kindertagesstättengesetzes (KitaG), des Ordnungsbehördengesetzes (OBG) sowie des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes (BbgRettG).

Der ABJS ist in seinem Verantwortungsbereich von den gesetzlichen Änderungen an drei Punkten betroffen:

1.

Der Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt fügt in das Brandenburgische Polizeigesetz im § 16a (Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt) einen Absatz 8 ein.

Der Absatz 8 regelt die Möglichkeit der Polizei, die von häuslicher Gewalt gefährdete Person mit deren Einverständnis an einen geeigneten Ort zu verbringen (zum Beispiel in ein Frauenhaus oder eine Zufluchtswohnung), wenn zu erwarten ist, dass diese andernfalls keine unabhängige Entscheidung über die Beantragung des zivilrechtlichen Schutzes gegen Gewalt und Nachstellung treffen kann.

Zudem eröffnet der neu eingefügte Absatz 8 die Möglichkeit, dass die im betroffenen Haushalt lebenden Kinder in die Verbringung an einen anderen Ort miteinbezogen werden. Dies ist nur möglich, wenn der gefährdeten Person das Sorgerecht zusteht und berechnigte Interessen Dritter nicht entgegenstehen.

Indem die Polizei die Verbringung an einen solchen Ort anbietet, wird eine weitere Hürde zur Inanspruchnahme dieses Schutzes für Betroffene häuslicher Gewalt abgesenkt.

2.

Der Artikel 13 Nr. 2 des Gesetzes zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt fügt im Brandenburgischen Rettungsdienstgesetz einen neuen § 19a (Information zu Gefahrenlagen) ein.

Die Regelung überträgt die bereits bisher bestehenden Informationsbefugnisse der Ärztinnen oder Ärzte zum Schutz von Kindern bei Kindeswohlgefährdung, wozu auch Situationen andauernder häuslicher Gewalt zu zählen sind, nach § 4 Absatz 3 Satz 2 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) auf den Schutz anderer Personen und erweitert den Kreis der Berechnigten auch auf Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter.

Satz 5 enthält eine Vorrangregelung für die Beratung und Übermittlung von Informationen durch Geheimnisträger bei Kindeswohlgefährdung. Im Anwendungsbereich des KKG findet § 19a BbgRettG (siehe auch § 34 Brandenburgisches Krankenhausentwicklungsgesetz) insoweit keine Anwendung. Handelt es sich bei der gefährdeten Person um ein Kind oder Jugendlichen, so gehen damit Offenbarungsbefugnisse und gegebenenfalls Pflichten der Regelung des § 19a BbgRettG vor. Danach hat eine Übermittlung gewichtiger Anhaltspunkte an das Jugendamt und nicht an die Polizei zu erfolgen. Von einer

Kindeswohlgefährdung ist bereits dann auszugehen, wenn Anhaltspunkte für die konkrete Gefahr häuslicher Gewalt zulasten einer vom Kind oder Jugendlichen verschiedenen Person anzunehmen sind und das Kind oder die jugendliche Person dieselbe Wohnung bewohnt.

3.

Der Artikel 4 des Gesetzes zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt fügt im Brandenburgischen Kindertagesstättengesetz im § 11 Absatz 3 Satz 1 eine neue Nr. 4 zu. Damit wird der § 11 Absatz 3 des Kindertagesstättengesetzes um einen Tatbestand erweitert, um zu ermöglichen, dass auch Kinder in Opferschutzmaßnahmen den notwendigen Masernschutz beibringen können.

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport stimmt allen drei Änderungen ausdrücklich zu und empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Inneres und Kommunales (AIK), sich in den oben genannten Punkten in seiner Stellungnahme an den Landtag für eine Zustimmung auszusprechen.“

Mit freundlichen Grüßen



Kristy Augustin

Anlage: Beschlussvorlage der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 4. Oktober 2023



Ausschuss für Bildung,
Jugend und Sport

An die Vorsitzende
Kristy Augustin MdL

Potsdam, den 04.10.2023

Beschlussvorlage der Fraktionen SPD, CDU und BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Stellungnahme des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) zum Gesetzentwurf der Landesregierung *Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt*, vom 08.03.2023, Drucksache 7/7349 (Neudruck)

Der zum *Gesetzentwurf zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt* (Drucksache 7/7349) mitberatende Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) nimmt wie folgt Stellung:

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport begrüßt, dass die Maßnahmen zum Schutz von Frauen gegen Gewalt im Zuge der Erstellung des vorliegenden Gesetzentwurfs überprüft worden sind und mit Vorlage des Gesetzentwurfs angepasst werden.

Mit dem Gesetz zum Übereinkommen des Europarats vom 11. Mai 2011 zur *Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt* (Istanbul Konvention) vom 17. Juli 2017 (BGBl. 2017 II S. 1026) und dem Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die *Rechte von Menschen mit Behinderungen* (UN-BRK) sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die *Rechte von Menschen mit Behinderungen* vom 21. Dezember 2008 (BGBl. 2008 II S. 1419) haben sich bei den bisherigen Maßnahmen zum Schutz von Frauen gegen Gewalt Optimierungsmöglichkeiten auf landesgesetzlicher Ebene ergeben.

Die Umsetzung dieser Optimierung erfordert Änderungen des *Brandenburgischen Polizeigesetzes* (BbgPolG), des *Kindertagesstättengesetzes* (KitaG), des *Ordnungsbehördengesetzes* (OBG) sowie des *Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes* (BbgRettG).

Der ABJS ist in seinem Verantwortungsbereich von den gesetzlichen Änderungen an drei Punkten betroffen:

1.

Der Artikel 1 Nr. 4 des *Gesetzes zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt* fügt in das *Brandenburgische Polizeigesetz* im § 16a (Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt) einen Absatz 8 ein.

Der Absatz 8 regelt die Möglichkeit der Polizei, die von häuslicher Gewalt gefährdete Person mit deren Einverständnis an einen geeigneten Ort zu verbringen (zum Beispiel in ein Frauenhaus oder eine Zufluchtswohnung), wenn zu erwarten ist, dass diese andernfalls keine unabhängige Entscheidung über die Beantragung des zivilrechtlichen Schutzes gegen Gewalt und Nachstellung treffen kann.

Zudem eröffnet der neu eingefügte Absatz 8 die Möglichkeit, dass die im betroffenen Haushalt lebenden Kinder in die Verbringung an einen anderen Ort miteinbezogen werden. Dies ist nur möglich, wenn der gefährdeten Person das Sorgerecht zusteht und berechnigte Interessen Dritter nicht entgegenstehen.

Indem die Polizei die Verbringung an einen solchen Ort anbietet, wird eine weitere Hürde zur Inanspruchnahme dieses Schutzes für Betroffene häuslicher Gewalt abgesenkt.

2.

Der Artikel 13 Nr. 2 des *Gesetzes zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt* fügt im *Brandenburgischen Rettungsdienstgesetz* einen neuen § 19a (Information zu Gefahrenlagen) ein.

Die Regelung überträgt die bereits bisher bestehenden Informationsbefugnisse der Ärztinnen oder Ärzte zum Schutz von Kindern bei Kindeswohlgefährdung, wozu auch Situationen andauernder häuslicher Gewalt zu zählen sind, nach § 4 Absatz 3 Satz 2 des *Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz* (KKG) auf den Schutz anderer Personen und erweitert den Kreis der Berechnigten auch auf Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter.

Satz 5 enthält eine Vorrangregelung für die Beratung und Übermittlung von Informationen durch Geheimnisträger bei Kindeswohlgefährdung. Im Anwendungsbereich des KKG findet § 19a BbgRettG (siehe auch § 34 *Brandenburgisches Krankenhausentwicklungsgesetz*) insoweit keine Anwendung. Handelt es sich bei der gefährdeten Person um ein Kind oder Jugendlichen, so gehen damit Offenbarungsbefugnisse und ggf. Pflichten der Regelung des § 19a BbgRettG vor. Danach hat eine Übermittlung gewichtiger Anhaltspunkte an das Jugendamt und nicht an die Polizei zu erfolgen. Von einer Kindeswohlgefährdung ist bereits dann auszugehen, wenn Anhaltspunkte für die konkrete Gefahr häuslicher Gewalt zu Lasten einer vom Kind oder Jugendlichen verschiedenen Person anzunehmen sind, und das Kind oder die jugendliche Person dieselbe Wohnung bewohnt.

3.

Der Artikel 4 des *Gesetzes zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt* fügt im *Brandenburgischen Kindertagesstättengesetz* im § 11 Absatz 3 Satz 1 eine neue Nr. 4 zu. Damit wird der § 11 Absatz 3 des *Kindertagesstättengesetzes* um einen Tatbestand erweitert um zu ermöglichen, dass auch Kinder in Opferschutzmaßnahmen den notwendigen Masernschutz beibringen können.

Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport stimmt allen drei Änderungen ausdrücklich zu und empfiehlt dem federführenden Ausschuss für Inneres und Kommunales (AIK), sich in den oben genannten Punkten in seiner Stellungnahme an den Landtag für eine Zustimmung auszusprechen.

Elske Hildebrandt
für die SPD-Fraktion

Kristy Augustin
für die CDU-Fraktion

Petra Budke
für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Änderungsantrag

der Fraktion Die Linke

in der Sitzung des Ausschusses für

Inneres und Kommunales

am 8. November 2023

zu TOP 3: **Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/7349 (Neudruck)**

Der Gesetzentwurf wird geändert.

1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:

1.1 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Nach der Angabe zu § 16a wird die folgende Angabe eingefügt:

„§ 16b Verhaltensauflagen“.

b) Nach der Angabe zu § 35 werden die folgenden Angaben eingefügt:

„§ 35a Opferschutzmaßnahmen

§ 35b Verarbeitung personenbezogener Daten für die Dauer von Opferschutzmaßnahmen sowie Geheimhaltung“.

1.2 Die Nummer 3 wird gestrichen.

1.3 Die Nummern 4. - 8. werden zu Nummern 3. -7.

1.4 In der neuen Nummer 3 wird Buchstabe cc) gestrichen.

1.5 In der neuen Nummer 3 wird in Buchstabe f) zum angefügten Absatz 7 das Wort „einmal“ durch das Wort „zweimal“ ersetzt und der Satz 2 gestrichen.

1.6 Die neue Nummer 4 wird wie folgt gefasst:

„Nach § 16 a wird folgender § 16 b eingefügt:

„§ 16b

Verhaltensauflagen

Das Gericht kann auf Antrag der Polizei die betroffene Person verpflichten, an einer von der Polizei benannten Gewaltpräventionsberatung über eine Dauer von drei Monaten in einem

Umfang von insgesamt höchstens zwölf Stunden teilzunehmen, wenn das individuelle Verhalten der betroffenen Person die konkrete Wahrscheinlichkeit begründet, dass von dieser innerhalb eines übersehbaren Zeitraums eine erneute erhebliche Gefahr im Sinne des § 16a Absatz 1 Satz 1 ausgehen wird und die Gewaltpräventionsberatung grundsätzlich geeignet ist, die diesbezügliche Wahrscheinlichkeit zu reduzieren. § 15b Absatz 3 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. Die betroffene Person hat der Polizei auf Verlangen den Nachweis über die Teilnahme unverzüglich vorzulegen.“.

1.7 Die neue Nummer 5 wird gestrichen.

1.8 Die neuen Nummern 6 und 7 werden zu den Nummern 5 und 6.

2. Artikel 2 und 3 werden gestrichen.

3. Die bisherigen Artikel 4-6 werden zu Artikel 2-4.

Begründung:

Zu 1.

Im Einzelnen:

1.1

Die Änderung nimmt die folgenden Änderungen des Gesetzentwurfs für die Inhaltsübersicht vorweg.

1.2

Die Regelung zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung soll gestrichen werden. Die Formulierungen des Gesetzentwurfs zu den Voraussetzungen eines solch schweren Grundrechtseingriffs sind viel zu unbestimmt, um einen solch schwerwiegenden Eingriff zu rechtfertigen. Die Regelung ist überdies verfassungsrechtlich unzulässig, da die im Rahmen der Anwendbarkeit der Fußfessel in der Strafprozessordnung (Führungsaufsicht) geschaffenen, Voraussetzungen und die vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen verfassungsrechtlichen Grenzen bezüglich der Anforderungen an die Gefahrenprognose und den Richtervorbehalt nicht über polizeirechtliche Normen umgangen werden dürfen. Die hier angenommenen Fallkonstellationen sind auch nicht mit Maßnahmen zur Abwehr einer Terrorgefahr vergleichbar. Bei einer konkret angenommenen Gefahr der (weiteren) Straftatbegehung sind die Gesetze und Maßnahmen der Strafverfolgung nach Strafgesetzbuch und Strafprozessordnung ohnehin einschlägig. Die dem Polizeigesetz innewohnende Vorverlagerung der Maßnahmen und Prognosen zur Gefahrenabwehr bedingt viel engere verfassungsrechtliche Grenzen, hier würden diese hingegen übermäßig ausgedehnt, auch wenn diese nachträglich gerichtlich überprüft würden.

Dazu kommt, dass der in der Begründung des Gesetzentwurfs dargestellt Ablauf, dass „anhand der übermittelten Standortdaten ein Interventionsbedarf unmittelbar festgestellt und das Erforderliche veranlasst werden kann und dies mit der Kenntnisnahme im Zuge der offenen Begleitung in Teilen vergleichbar sei“, in der Praxis nicht umsetzbar ist. Soweit es um die Umset-

zung eines Näherungsverbots geht, müsste z.B. auch das potentielle Opfer mit einer Standortermittlung ausgestattet sein, sobald es die eigene Häuslichkeit verlässt. Damit ist aber der Ort, dem sich die von der Maßnahme betroffenen Person nicht nähern darf, nicht mehr verfassungsrechtlich ausreichend konkretisiert.

Die Überwachung der Personen mittels einer elektronischen Aufenthaltsüberwachung erfolgt im Übrigen zentral im Bundesland Hessen; von dort würde im Falle einer Alarmierung zuerst telefonischer Kontakt zu der tragenden Person und erst danach die Polizei benachrichtigt, der erhebliche Zeitverzug ist aus bundeweiten Fällen der erfolgreichen Flucht und der Begehung von Straftaten trotz Fußfessel hinreichend belegt. Durch die Norm wird eine Sicherheit und eine Interventionsmöglichkeit suggeriert, die in der Praxis nicht gegeben ist. Damit ist auch der Schwere Eingriff in das Grundrecht auf Freiheit und informationelle Selbstbestimmung nicht zu rechtfertigen. Zudem ist die Formulierung „mit dem der Aufenthaltsort elektronisch überwacht werden kann“ nicht ausreichend klar.

1.3

Stellt eine Folgeänderung nach der Streichung der Nummer 3 dar.

1.4

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Erweiterung des § 16 a Absatz 1 BbgPolG, dass bei Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot zum Schutz vor häuslicher Gewalt ein entgegenstehender Wille der gefährdeten Person regelmäßig unbeachtlich ist, soll gestrichen werden. Eine solche gesetzliche Überwindung des Willens einer volljährigen, geschäftsfähigen und einsichtsfähigen Person ist zu weitgehend. Polizeieinsatzkräfte verfügen über entsprechende Mittel und Möglichkeiten auch in einer solch schwierigen Situation den tatsächlichen Willen der gefährdeten Person zu erkennen und durch Beratung und Hilfeleistung auf die Inanspruchnahme von Mitteln des Gewaltschutzgesetzes oder anderer Hilfen hinzuwirken.

1.5

Mit der im Gesetzentwurf (endlich) enthaltenen Verpflichtung der Polizei zur Einhaltung eines erteilten Rückkehrverbotes wird zugleich dessen Dauer von zehn auf 14 Tage erweitert. Insofern ist eine in diesem Zeitraum gesetzlich vorgesehene einmalige Kontrolle nicht mehr ausreichend, diese soll also mindestens zweimal erfolgen.

Dazu soll die in Satz enthaltene Verpflichtung der betroffenen Person, dass diese ihren aktuellen Aufenthaltsort unverzüglich nachzuweisen habe, gestrichen werden. Eine Verpflichtung zur jederzeitigen Angabe des Aufenthaltsortes, ist verfassungsrechtlich unzulässig. Lediglich der Nichtaufenthalt an einem konkreten Ort ist überprüfbar. Die Polizei hat die Einhaltung des Rückkehrverbots aktiv zu kontrollieren. Dies kann durch Kontaktaufnahme mit der gefährdeten Person geschehen.

1.6

Die vorgesehenen Regelungen zu § 16 b BbgPolG für ein Kontakt- und Näherungsverbot und die Regelung für die Aufnahme von Bußgeldtatbeständen sowie das Aufenthaltsverbot in alkoholisiertem Zustand sollen gestrichen werden. Die Regelungen sind zu weitgehend, unbestimmt und kaum umsetzbar. Gerade das Konsumverbot in der eigenen Wohnung greift in den

Kernbereich privater Lebensgestaltung ein und ist verfassungsrechtlich nicht zulässig. Insbesondere bei Alkoholabhängigkeit ist ein striktes durch die Polizei ausgesprochenes Alkoholverbot überdies gesundheitlich bedenklich. Die Begründung spricht deshalb davon, „dass gesundheitsbedingte Aspekte ... berücksichtigungsfähig sein. Damit werden die handelnden Polizeibeamtinnen in ein anwendungsrechtliches Dilemma zwischen Erwartung und rechtlich zulässiger Möglichkeit gebracht.

Dagegen soll die im Gesetzentwurf vorgesehene Möglichkeit der opferschutzorientierten Täterarbeit durch Teilnahme an Gewaltpräventionsprojekten unbedingt umgesetzt werden. Hierbei ist darauf zu achten, dass entsprechende Projekte landesweit in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.

1.7

Die bestehenden Regelungen zur Gewahrsamnahme werden für ausreichend erachtet. Insbesondere die vorgesehenen Verschärfungen zu § 16 d Absatz 1 Nummer 1 bis 3 des Gesetzentwurfs sind abzulehnen.

1.8

Stellt eine Folgeänderung dar.

Zu 2.

Die Artikel 2 und 3 des Gesetzentwurfs sollen gestrichen werden.

Artikel 2 umfasst eine Ausweitung der Befugnisse für die Ordnungsbehörden der Kommunen, die nicht in deren typisches Aufgabengebiet fällt. Die Durchsetzung von Kontakt- und Näherungsverboten zum Schutz vor häuslicher Gewalt ist typisches Aufgabengebiet der Polizei. Die Kommunen sind auf eine solche Ausweitung nicht vorbereitet. Der Artikel soll deshalb gestrichen werden.

Artikel 3 enthält eine faktische Auflösung der ärztlichen Schweigepflicht. Diese ist abzulehnen. Hier besteht tatsächlich die Gefahr, dass Opfer und gefährdete Personen dringende ärztliche Hilfe nicht mehr in Anspruch nehmen. Ärzte und medizinisches Personal sind für diese Menschen oft „Rettungsanker“, denen sie vertrauen, auch weil diese zur Verschwiegenheit verpflichtet sind. Diese Verpflichtung würde mit dieser Regelung entfallen. Besonders die vorgesehene Regelung, dass „zur Einschätzung, ob die Anhaltspunkte gewichtig sind, polizeiliche Beratung in Anspruch „genommen werden kann, birgt geradezu die Gefahr kollusiven Handelns.

Zu 3.

Stellt eine Folgeregelung dar.

Für die Fraktion Die Linke

Landtag Brandenburg
Ausschuss für Inneres und Kommunales
Frau Marlen Block
Die Vorsitzende

- im Hause -

Potsdam, 09.01.2023

Änderungsantrag
der SPD-Fraktion
der CDU-Fraktion
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 10.01.2024

zu TOP 2: **Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und
Häuslicher Gewalt / Gesetzentwurf der Landesregierung -
Drucksache 7/7349 Neudruck vom 08.03.2023**

Der Ausschuss für Inneres und Kommunales möge beschließen:

Der Gesetzentwurf wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 wird der folgende Buchstabe d angefügt:
 - ,d) Nach der Angabe zu § 45 wird folgende Angabe eingefügt:
„§ 45a Zusammenarbeit in gemeinsamen Gremien (Fallkonferenzen)“.
 - b) Nummer 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) Buchstabe c wird wie folgt gefasst:
 - ,c) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:
„Sie unterrichtet die gefährdete Person unverzüglich über die Dauer und den räumlichen Umfang einer Maßnahme nach Absatz 1 Satz 1.“



Menschlich. Mutig. Miteinander.



bb) Buchstabe f wird wie folgt geändert:

aaa) In Absatz 7 Satz 1 wird das Wort „einmal“ durch das Wort „zweimal“ ersetzt.

bbb) In Absatz 8 werden die Sätze 4 und 5 gestrichen.

c) Folgende Nummer 9 wird angefügt:

„9. Nach § 45 wird folgender § 45a eingefügt:

„§ 45a

Zusammenarbeit in gemeinsamen Gremien (Fallkonferenzen)

(1) Die Polizei kann zum Zweck einer abgestimmten Aufgabenwahrnehmung fallübergreifend mit öffentlichen Einrichtungen und sonstigen Stellen, deren Tätigkeit sich auf die Entstehung, das Erkennen oder die Abwehr von Gefahren nach § 1 Absatz 1 auswirkt, zusammenarbeiten, insbesondere durch Teilnahme an gemeinsamen Konferenzen und Mitwirkung in vergleichbaren gemeinsamen Gremien.

(2) An einzelfallbezogener Zusammenarbeit (Fallkonferenz) soll die Polizei teilnehmen, wenn damit das Ziel gefördert werden kann,

1. eine bestehende Gefahr für eine oder mehrere Personen abzuwenden, die von einer oder mehreren Personen nach §§ 5 und 6 ausgeht, oder
2. eine drohende Straftat zu verhindern.

(3) Im Rahmen von Fallkonferenzen darf die Polizei personenbezogene Daten, die sie in dem konkreten Einzelfall zulässig erhoben hat, verarbeiten und dabei an öffentliche Einrichtungen des Bundes und der Länder übermitteln, sofern dies auf der Grundlage einer polizeilichen Risikoprognose zur Abwehr einer Gefahr für Leib, Leben, Freiheit, die sexuelle Selbstbestimmung einer oder durch eine Person angemessen ist.

(4) Die wesentlichen Ergebnisse der Fallkonferenzen sind zu dokumentieren; § 13 des Brandenburgischen Polizei-, Justizvollzugs- und Maßregelvollzugsdatenschutzgesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl. I Nr. 43, S. 2) bleibt unberührt. Eine weitere Verarbeitung nach Absatz 1 oder nach Absatz 2 erhobener personenbezogener Daten außerhalb des Gremiums oder der Fallkonferenz ist nur zulässig, soweit die Erhebung und deren Gründe dokumentiert sind, diese Daten zu dem Zweck rechtmäßig an die verarbeitende Stelle übermittelt werden dürfen und die Stelle, von der diese Daten stammen, der weiteren Verarbeitung zugestimmt hat.



Menschlich. Mutig. Miteinander.

(5) Die Landesregierung berichtet dem Landtag bis zum 31. Dezember 2026 über die mit Einführung der Absätze 1 bis 4 erreichte Wirkung zur Gefahrenabwehr und damit verbundenen Grundrechtsbeeinträchtigungen."

2. Artikel 2 wird aufgehoben.
3. Der bisherige Artikel 3 wird Artikel 2 und in Nummer 2 wie folgt geändert:
 - a) In § 19a Absatz 1 Satz 1 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgende Wörter angefügt: „sofern sie nicht Kenntnis von einer vertraulichen Spurensicherung haben.“
 - b) In § 19a Absatz 1 Satz 4 werden nach dem Wort „polizeiliche“ die Wörter „und psychosoziale“ eingefügt.
4. Die Artikel 4 bis 6 werden die Artikel 3 bis 5.

Begründung:

Der Änderungsantrag greift Anregungen auf, die in der Anhörung zum Gesetzentwurf in der 50. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Kommunales am 6. September 2023 von den Anzuhörenden vorgetragen wurden.

Zu 1.

Zu a)

Die Inhaltsübersicht wird entsprechend den weiteren Änderungen in Artikel 1 angepasst.

Zu b) aa)

Die Sätze 2 und 3 entfallen mangels Regelungsbedarf. Nach § 44 Absatz 1 Nummer 1 BbgPolG kann die Polizei von sich aus personenbezogene Daten an Personen oder Stellen außerhalb des öffentlichen Bereichs übermitteln, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. So kann die Polizei regelhaft Kontaktdaten der gefährdeten Person an externe Beratungs-/stellen, auf die gemäß § 16 a Absatz 1, Satz 1 BbgPolG hinzuweisen ist, übermitteln, soweit dies zur Abwehr einer Gefahr erforderlich ist. Die Datenübermittlung ist erforderlich, um vor häuslicher Gewalt, unter Anerkennung der Selbstbestimmtheit gefährdeter Personen, effektiv schützen zu können.

Zu b) bb) aaa)

Aufgrund der im Gesetzentwurf geplanten Ausweitung des Rückkehrverbotes von bisher zehn auf nunmehr 14 Tage in §16 a Absatz 5 Satz 1 BbgPolG-E ist eine Erhöhung der bisher beabsichtigten Anzahl für die polizeiliche Kontrolle von mindestens „einmal“ auf mindestens „zweimal“ sachgemäß. Die Erhöhung der Kontrollpflicht ist



Menschlich. Mutig. Miteinander.



im Rahmen einer umfassenden Gefährderkontrolle und zur Durchsetzung des Rückkehrverbotes zweckmäßig.

Zu b) bb) ccc)

Durch die Streichung der Sätze 4 und 5 in § 16a Absatz 8 BbgPolG-E entfällt die Kostentragungspflicht des polizeilichen Störers für die Verbringung der gefährdeten Person. So ist den Sicherheitsbedenken zu möglichen Rückschlüssen auf den Aufenthaltsort der gefährdeten Person anhand der Rechnungslegung entsprochen.

Zu c)

Die Änderung schafft eine Rechtsgrundlage für interdisziplinäre Fallkonferenzen für Hochrisikofälle. Dies befürworten auch die Organisationen des gesamten Opfer- und Frauenschutzes.

Nach Absatz 1 kann die Polizei zum Zweck einer abgestimmten Aufgabenwahrnehmung fallübergreifend mit öffentlichen Einrichtungen und sonstigen Stellen, deren Tätigkeit sich auf die Entstehung, das Erkennen oder die Abwehr von Gefahren nach § 1 Absatz 1 auswirkt, zusammenarbeiten, insbesondere durch Teilnahme an gemeinsamen Konferenzen und Mitwirkung in vergleichbaren gemeinsamen Gremien.

Die Regelung stellt klar, dass die Teilnahme und Mitwirkung an institutionenübergreifenden und nicht auf konkrete Einzelfälle bezogenen Konferenzen und Gremien im Kontext der Gefahrenabwehr im weiteren Sinn zu den Aufgaben der Polizei gehört. Damit werden die Bedeutung und die Notwendigkeit der institutionenübergreifenden Zusammenarbeit unterstrichen und die Bereitschaft zur Teilnahme erhöht. Die Regelung gibt keine bestimmte Form und kein bestimmtes Verfahren für die Zusammenarbeit vor, sondern lässt Freiraum für die verschiedenen Modelle, die sich in der Praxis entwickelt haben oder entwickeln. Die Mitwirkung der Polizei an fallübergreifenden Konferenzen und sonstigen Gremien ist namentlich dann gerechtfertigt, wenn sie zum Zweck der abgestimmten Aufgabenwahrnehmung erfolgt. Aus der Begriffskombination „zum Zweck einer abgestimmten Aufgabenwahrnehmung“ folgt, dass sich der Teilnehmerkreis aus öffentlichen Stellen (insbesondere Behörden) und gegebenenfalls privaten Stellen insoweit zusammensetzen darf, wie deren Zuständigkeit oder Dienstleistungsangebot im konkreten Anlass Schnittmengen mit der polizeilichen Aufgabenerfüllung aufweisen. Private Stellen werden insbesondere in ihrer Funktion als Beliehene zur Teilnahme in Betracht kommen, soweit diese in der Erfüllung im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben eingebunden werden.

Zusammenarbeitsformen nach Absatz 1 sind solche, die keinen Einzelfallbezug zu einer konkreten Person aufweisen, sondern tendenziell auf abstrakter Ebene, insbesondere örtliche oder phänomenbezogene Problemstellungen erörtern (zum Beispiel Kommunale Kriminalprävention). Denkbar sind auch institutionalisierte Zusammenarbeitsformen, die auch als strukturierte Bündelung von Fallkonferenz (dazu Absatz 2) gestaltet sein können, wobei für Fallkonferenzen die Polizei die weiteren Vorgaben der Absätze 2 bis 4 zu beachten hat.

Die Regelung in Absatz 2 macht die Teilnahme der Polizei an einzelfallbezogener, weitere Akteure einbeziehender Zusammenarbeit dann zur Regel („sollen“), wenn dadurch das Ziel der Gefahrenabwehr beziehungsweise der vorbeugenden Verbrechensbekämpfung im konkreten Einzelfall gefördert werden kann.

Derartige Fallkonferenzen sind in der polizeilichen Praxis, insbesondere bei der Zusammenarbeit im Bereich häuslicher Gewalt, Kindeswohlgefährdungen, des Vollzugs des AufenthG und des Straf- und Maßregelvollzuges, bereits seit vielen Jahren bundesweit gängige Behördenpraxis und haben sich bewährt. Dafür ist auch die Brandenburger Polizei entsprechend organisatorisch und fachlich aufzustellen sowie logistisch auszustatten.

Absatz 3 regelt die Verarbeitung personenbezogener Daten „im Rahmen von Fallkonferenzen“ durch die Polizei und ist Ausfluss von § 20 BbgPJMDSG. Satz 1 lässt die Verarbeitung solcher Daten in der Konferenz unter den dort benannten Voraussetzungen zu, wobei die Übermittlung an teilnehmende Personen als Adressatenkreis einer solchen Fallkonferenz auf Vertreterinnen und Vertreter von öffentlichen Einrichtungen des Bundes und der Länder beschränkt ist. Die Begriffskombination „im Rahmen von Fallkonferenzen“ macht deutlich, dass damit nur die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Konferenzdurchführung erfasst wird. Eine weitere Verarbeitung solcher Daten außerhalb der Konferenz, zum Beispiel zur Begründung von Anschlussmaßnahmen, richtet sich nach Absatz 4.

Die Übermittlung innerhalb der Fallkonferenz muss insoweit auch angemessen sein. Es sind geeignete Mechanismen zu nutzen, um zu vermeiden, dass in Einzelfragen personenbezogene Daten durch Personen zur Kenntnis genommen werden, deren Zuständigkeit erkennbar nicht tangiert ist (§ 20 Absatz 2 BbgPJMDSG). So kommen die Pseudonymisierung der Daten, die dynamische Veränderung der Zusammensetzung einer Fallkonferenz oder die Befassung und Bewertung von Erkenntnissen und Problemlagen in zunächst abstrahierter Form in Betracht. Zudem stützt die Polizei die Datenübermittlung auf eine eigene Gefahrenprognose, die mit dem Tatbestandswortlaut „auf der Grundlage einer polizeilichen Risikoprognose“ nochmals klarstellend zum Ausdruck kommen soll.

Satz 2 erweitert den Umfang verarbeitungsfähiger personenbezogener Daten auf solche von besonderer Kategorie (§ 2 Nummer 14 BbgPJMDSG) unter gleichzeitiger Anhebung der Erforderlichkeitsschwelle („unerlässlich“) entsprechend § 9 Absatz 1 BbgPJMDSG. Die Vorgaben des § 9 Absatz 2 BbgPJMDSG sowie die Möglichkeiten des § 20 Absatz 2 BbgPJMDSG gelten auch für Fallkonferenzen. Dies betrifft auch die Unterrichtungspflichten gegenüber betroffenen Personen. Die Zulässigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten solcher Kategorien sind zur Bestimmung der Gefährlichkeit von Personen häufig unerlässlich.

Gemäß Satz 3 darf die Polizei auch an Fallkonferenzen zur Bestimmung der Gefährlichkeit einer Person teilnehmen beziehungsweise diese durchführen. Damit ist die Befugnis geschaffen, eine solche Konferenz selbst zu initiieren, wobei eine Teilnah-

mepflicht für andere Stellen damit nicht verbunden ist. Solche Fallkonferenzen dienen der Gefahrenerforschung hinsichtlich des „Ob“ einer wesentlich erhöhten Wahrscheinlichkeit der künftigen Begehung von Straftaten als auch zur Frage des „Wie“ einer Straftatenverhütung im konkreten Einzelfall. Sie können auch der Validierung bestehender polizeilicher Bewertungen dienen und sichern im Interesse betroffener Personen von Maßnahmen u. a. nach den §§ 15b, 16a bis c BbgPolg-E ab, dass sämtliche staatliche und der Polizei verfügbare Erkenntnisquellen einbezogen werden können.

Satz 4 berechtigt die Polizei im Rahmen der Fallkonferenz unter den übrigen Voraussetzungen der Sätze 1 und 2 zur Datenerhebung in der Konferenz. Soweit Landes- oder Bundesbehörden personenbezogene Daten in einer solcher Fallkonferenz nach Maßgabe bundesrechtlicher Vorschriften verarbeiten müssen, dient Satz 4 als landesrechtliche Verarbeitungsberechtigung für die Polizei. Die Zulässigkeit weiterer Datenverarbeitung, die über das Erheben in der Fallkonferenz (im Sinne des zur Kenntnis nehmen und bewerten) hinausgehen, richtet sich hingegen nach Absatz 4.

In Absatz 4 werden die Regelungen für die weitere Verarbeitung personenbezogener Daten zur operativen Aufgabenwahrnehmung zusammengefasst.

Satz 1 regelt die notwendige Dokumentation der erfolgten „Konferenz“ mit Bezug zu den hierbei erfolgten Verarbeitungen personenbezogener Daten. Der Begriff „Konferenz“ ist hier als Sammelbegriff sowohl für „Gremien“ nach Absatz 1 als auch für Fallkonferenzen nach Absatz 2 zu verstehen. Zwar sollen bei Gremienteilnahme nach Absatz 1 in der Regel keine personenbezogenen Daten im Fokus stehen. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass sich aus der Dynamik heraus im Rahmen einer solchen Besprechung auch Elemente einer Fallkonferenz entwickeln können. Um daher ein Unterlaufen etwaiger Vorgaben des Absatzes 4 anhand der Einstufungspraxis eines Gremiums als Konferenz nach Absatz 1 oder Fallkonferenz nach Absatz 2 zu unterbinden, werden sämtliche Formate dem Regelungsregime des Absatzes 4 unterworfen.

Unter die Begriffskombination „wesentliche Ergebnisse“ fallen Vereinbarungen zwischen den öffentlichen Stellen zu Maßnahmen, Abstimmungen zur behördenübergreifenden Ermessensausübung und den Umfang erfolgter Verarbeitungen personenbezogener Daten, die Konferenzteilnehmer und die Namen deren Vertreterinnen und Vertreter. Dies entspricht dem Grundsatz der Aktenwahrheit und -klarheit in der Verwaltung. Satz 1 2. Halbsatz stellt klar, dass die Dokumentationspflicht der übermittelnden Stelle nach § 13 Absatz 1 Satz 2 BbgPJMDSG weiter besteht.

§ 45a BbgPolG erstrebt nicht einen allgemeinen Austausch personenbezogener Daten aller (Sicherheits-)behörden oder den Abbau jeglicher Informationsgrenzen zwischen ihnen; dies würde den Grundsatz der Zweckbindung als solchen unterlaufen und wäre dann von vornherein unzulässig. Die Regelung in den Absätzen 1 bis 3 beabsichtigt und schafft vielmehr nur eine begrenzte Erleichterung des Informationsaustauschs, der die grundsätzliche Maßgeblichkeit der fachrechtlich begrenzten Ein-



Menschlich. Mutig. Miteinander.



zelübermittlungsvorschriften unberührt lässt und sachlich auf die jeweilige Aufgabenerfüllung beschränkt bleibt (vergleiche zur Antiterrordatei als Informationsanbahnung BVerfG, Urteil des Ersten Senats vom 24. April 2013 - 1 BvR 1215/07 -, Rn. 106).

Satz 2 regelt daher die Zulässigkeit der weiteren Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit diese in Gremien oder Fallkonferenzen erhoben wurden („außerhalb“ dieser Informationsformate und damit innerhalb der jeweiligen Behörde für die jeweilige operative Aufgabenwahrnehmung). Dies betrifft in der Praxis insbesondere die Verarbeitung von durch die Polizei übermittelten Daten an öffentliche Stellen des Bundes und der Länder (Absatz 3 Satz 1 und 2) als auch Daten, die die Polizei bei diesen Stellen erhebt beziehungsweise von diesen in der Fallkonferenz mitgeteilt bekommt (Absatz 3 Satz 4).

Eine Verarbeitung in Fallkonferenzen erhobener personenbezogener Daten ist danach nur zulässig, soweit diese zu dem Zweck auch an diese Stelle rechtmäßig übermittelt werden dürfen. Es wird verhindert, dass über § 45a BbgPolG die Vorgaben zur Datenübermittlung und Zweckbindung unterlaufen werden können. Fallkonferenzen stellen insoweit eine Form der „Informationsanbahnung“ zwischen den einzelnen Stellen dar, indem die Relevanz eines personenbezogenen Datums, das bei einer Stelle vorhanden ist, für die Aufgabenerfüllung einer anderen Stelle zunächst für beide an einer Datenübermittlung beteiligten Stellen erkennbar wird. Weiter ist vorgesehen, dass die Stelle, von der diese Daten stammen, der weiteren Verarbeitung zustimmen muss. Damit ist sichergestellt, dass nochmals eine entsprechende Prüfung nach dem jeweils einschlägigen Fachrecht erfolgen wird.

Absatz 5 regelt die Pflicht, die Wirkung des § 45a BbgPolG für die Gefahrenabwehr sowie der Folgen für die Grundrechtsausübung der Betroffenen zu evaluieren.

Zu 2.

Die Änderung spiegelt die besondere Rolle der Polizei bei der Gefahrenabwehr wider. Allein die Polizei soll durch die Gesetzesänderung die Möglichkeit erhalten, Kontakt- und Näherungsverbote, Wohnungsverweisungen sowie Rückkehrverbote zum Schutz von Personen, die durch häusliche Gewalt gefährdet sind, anzuordnen. Es ist vor allem zu berücksichtigen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ordnungsbehörden weder über eine Ausbildung noch über Fortbildungen oder vertiefte Erfahrungen zum Umgang mit Häuslicher Gewalt verfügen.

Zu 3.

Aufgrund der Aufhebung wird der bisherige Artikel 3 zum neuen Artikel 2.

Zu 3. a).

Durch die Änderung soll erreicht werden, dass das Institut der vertraulichen Spurensicherung nicht beeinträchtigt wird. Hierdurch wird das Spannungsverhältnis zwischen der vorgesehenen Meldebefugnis des Rettungsdienstes und dem Geheimhaltungsinteresse der Betroffenen beseitigt.

Zu 3. b).

Um sie in der Entscheidung zur Ausübung ihrer Meldebefugnis zu unterstützen und um die Gefahr der sekundären Viktimisierung zu minimieren, können die Ärztinnen und Ärzte, sowie Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter bei der anonymisierten Fallberatung auch eine psychosoziale Beratung hinzuziehen.

Zu 4.

Aufgrund der Aufhebung des Artikel 2 werden die bisherigen Artikel 4 bis 6 zu den neuen Artikeln 3 bis 5.



Städte- und Gemeindebund Brandenburg, Stephensonstr. 4, 14482 Potsdam

Landtag Brandenburg
Vorsitzende des Ausschusses für Inneres und
Kommunales
Frau Marlen Block, MdL
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Per E-Mail

Der Geschäftsführer

Stephensonstraße 4
14482 Potsdam
Telefon: 03 31 / 7 43 51-0
Telefax: 03 31 / 7 43 51-33
E-Mail: mail@stgb-brandenburg.de
Internet: <http://www.stgb-brandenburg.de>
Datum: 25. Jan. 2024
Aktenzeichen: 104-00
Auskunft erteilt: Konrad, Klara

Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 7/7349 (Neudruck) vom 8. März 2023 Ihr Schreiben vom 11. Januar 2024

Sehr geehrte Frau Block,

für die Gelegenheit, zu den eingebrachten Änderungsanträgen der Fraktionen Stellung nehmen zu können, möchte ich Ihnen danken. Wie in unserer letzten Stellungnahme zum o.g. Gesetzentwurf werden wir uns im Folgenden auf die Punkte der Änderungsanträge konzentrieren, die die kommunalen Aufgabenträger betreffen.

I. zu Art. 1 – Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen sieht vor, dass ein neuer § 45a in das Brandenburgische Polizeigesetz eingefügt wird, welcher u.a. beinhaltet, dass die Polizei zum Zweck einer abgestimmten Aufgabenwahrnehmung fallübergreifend mit öffentlichen Einrichtungen und sonstigen Stellen, deren Tätigkeit sich auf die Entstehung, das Erkennen oder die Abwehr von Gefahren nach § 1 Abs. 1 auswirkt, zusammenarbeiten kann (§ 45a Abs. 1 BbgPolG). In der Begründung des Änderungsantrages heißt es dazu: „Zusammenarbeitsformen nach Absatz 1 sind solche, die keinen Einzelfallbezug zu einer konkreten Person aufweisen, sondern tendenziell auf abstrakter Ebene, insbesondere örtliche oder phänomenbezogene Problemstellungen erörtern (zum Beispiel Kommunale Kriminalitätsprävention).“ Auch wenn es in der Vergangenheit verschiedene Erlasse sowie ein Eckpunktepapier des Ministeriums des Innern und für Kommunales zum Thema „Kommunale Kriminalitätsprävention im Land Brandenburg“ gegeben hat, wird dieser Begriff kritisch gesehen, weil er implizieren kann, dass die gemeindliche Ebene gesetzlich für die Verhütung von Straftaten zuständig ist. Diese Aufgabe liegt gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 BbgPolG i.V.m. § 2 Satz 1 BbgPolG jedoch

eindeutig bei der Polizei. Es muss sichergestellt sein, dass durch die vorgesehene neue Regelung kein Druck auf Städte, Gemeinden und Ämter ausgeübt wird, stärker im Bereich der Kriminalitätsprävention tätig zu werden, weil es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt.

II. zu Art. 2 – Änderung des Ordnungsbehördengesetzes

Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg begrüßt ausdrücklich, dass sowohl der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen als auch der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE beinhaltet, dass der Artikel 2 des Gesetzentwurfes, der vorsieht, dass die Befugnisse der örtlichen Ordnungsbehörden erweitert werden, gestrichen wird. Bezugnehmend auf unsere erste Stellungnahme zum o.g. Gesetzentwurf an den Landtag und die mündliche Anhörung vom 6. September 2023 wird richtig aufgegriffen, dass die Mitarbeiter der Ordnungsbehörden weder über eine Ausbildung noch über Fortbildungen oder vertiefte Erfahrungen zum Umgang mit Gewalt in der häuslichen Sphäre verfügen. Es ist aus Sicht des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg wichtig, dass deutlich wird, dass auch künftig allein die Polizei für Kontakt- und Näherungsverbote, Wohnungsverweisungen und Rückkehrverbote zuständig ist. Dies erfolgt durch Streichung des Artikels 2 und die teilweise Befugniserweiterung der Polizei. Die örtlichen Ordnungsbehörden wären – wie im Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE richtig dargelegt wird – auf die Ausweitung ihrer Befugnisse auch nicht vorbereitet, da es sich bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt nicht um ihr typisches Aufgabengebiet handelt.

Im Übrigen wird auf unsere Stellungnahme vom 4. September 2023 verwiesen.

III. zu Art. 3 – Änderung des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes

Der Städte- und Gemeindebund Brandenburg ist der Auffassung, dass der Artikel 3 des Gesetzentwurfes zur Änderung des Brandenburgischen Rettungsdienstgesetzes beibehalten werden sollte, da Betroffene von häuslicher Gewalt zum einen darauf angewiesen sein können, dass Personen gemäß § 19a BbgRettG von außen intervenieren und die Regelung zum anderen auch die Rechtssicherheit für das medizinische Personal im Vergleich zur derzeit bestehenden Regelung nach § 19 Abs. 9 Satz 2, 1. Alternative i.V.m. § 34 StGB erhöht sowie die Hemmschwelle senkt, in Fällen von häuslicher Gewalt aktiv zu werden.

Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktion wird befürwortet. Auch aus Sicht des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg sollte das Spannungsverhältnis zwischen der vorgesehenen Meldebefugnis des Rettungsdienstes und dem Geheimhaltungsinteresse der Betroffenen bei einer vertraulichen Spurensicherung beseitigt werden. Dies wird durch den im Änderungsantrag vorgesehenen Zusatz erreicht. Ebenfalls wird die Änderung zu § 19a Abs. 1 Satz 4 mitgetragen, nach der von Ärztinnen und Ärzten, Notfallsanitäterinnen und -sanitätern sowie ggf. Rettungsassistentinnen und -assistenten, soweit sie nach § 6 Absatz 7 der Landesrettungsdienstplanverordnung eingesetzt werden, neben der polizeilichen Beratung zur Einschätzung, ob die Anhaltspunkte für eine Gefahr im Sinne des § 16a Abs. 1 Satz 1 BbgPolG gewichtig sind, bei der anonymisierten Fallberatung auch psychosoziale Beratung in Anspruch nehmen können. Es wird zugestimmt, dass dies ebenfalls dazu beitragen kann, bei der Entscheidung über eine Meldung zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Graf

Landkreistag Brandenburg

- per E-Mail -

Landkreistag Brandenburg
Postfach 60 10 35, 14410 Potsdam

Landtag Brandenburg
Ausschuss für Inneres
und Kommunales
Frau Vorsitzende
Marlen Block, MdL
Alter Markt 1

14467 Potsdam

Hausanschrift:
Jägerallee 25
14469 Potsdam

Postanschrift:
Postfach 60 10 35
14410 Potsdam

E-Mail:
poststelle@landkreistag-brandenburg.de

Telefon: 03 31/2 98 74 – 0
Telefax: 03 31/2 98 74 – 50

Durchwahl:
03 31/2 98 74 – 23

Datum: 2024-01-26
Az.: 31 20; 50 38-00/Wa/ho
(bei Antwort bitte angeben)
texte/landtag/allgemein/2024/lt202407.doc

Ihr Schreiben vom
11. Januar 2024

Ihr Zeichen

Schriftliche Anhörung zu den Änderungsanträgen zum Gesetzentwurf Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

hier: Stellungnahme des Landkreistages Brandenburg

Sehr geehrte Frau Block,

haben Sie vielen Dank, dass Sie uns die Gelegenheit geben, uns in dem laufenden Gesetzgebungsverfahren nochmals zu äußern und Hinweise zu den vorliegenden Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion DIE LINKE zu geben.

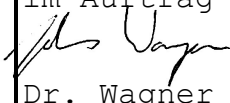
Wie wir bereits in der Anhörung am 6. September 2023 dargestellt haben, ist eine Verbesserung des Schutzes von Frauen und vor häuslicher Gewalt ausdrücklich zu begrüßen. Die Fälle sowie die Schwere und Formen von häuslicher Gewalt nehmen leider weiter zu. Deshalb ist und bleibt der Gewaltschutz insbesondere von Frauen und Kindern eine äußerst wichtige Aufgabe.

Für die Landkreise ist dabei insbesondere die Verzahnung und das forcierte Zusammenwirken verschiedener Akteure von Bedeutung.

Insoweit sehen wir den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen zur Regelung von Fallkonferenzen ebenfalls positiv.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag



Dr. Wagner